

WORKING PAPER FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Nummer 424, September 2026

Parlamentarische Strategien der AfD gegen die Soziale Arbeit

**Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern im Vergleich
(2020–2025)**

Matthias Meyer, Cynthia Möller, Júlia Wéber, Eric Mülling und
Christine Krüger

Auf einen Blick

Das Working Paper untersucht vergleichend parlamentarische Aktivitäten und Strategien der AfD-Landtagsfraktionen in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern im Zeitraum Juli 2020 bis Juni 2025, mit einem Fokus auf ihre Bedeutung für die Soziale Arbeit. Die Befunde zeigen: Die AfD nutzt parlamentarische Instrumente zunehmend, um Einfluss auf die Praxis und Profession zu nehmen. Neben der politischen Oppositionsarbeit werden Strategien sichtbar, die auf die Delegitimierung, Verunsicherung und langfristige Schwächung öffentlicher und zivilgesellschaftlicher Infrastruktur im Bildungs- und Sozialwesen zielen. Die Befunde werden in aktuelle Debatten über Deprofessionalisierung in der Sozialen Arbeit eingeordnet.

© 2026 by Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
www.boeckler.de



„Parlamentarische Strategien der AfD gegen die Soziale Arbeit“ von Matthias Meyer, Cynthia Möller, Júlia Wéber, Eric Mülling und Christine Krüger ist lizenziert unter

Creative Commons Attribution 4.0 (BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.
(Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/de/legalcode>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (z. B. mit Quellenangabe gekennzeichnete Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge) erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

ISSN 2509-2359

Inhalt

Zusammenfassung.....	5
1. Problemaufriss	7
2. Methodisches Vorgehen und Datengrundlage.....	10
3. Umfang und Formen parlamentarischer Aktivität im Vergleich.....	12
4. Thematische Schwerpunkte der parlamentarischen Eingaben	17
4.1 Zentrale Befunde	17
4.2 Migration und Flucht	19
4.3 Hilfen und Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien	20
4.4 Frauen, Geschlechtervielfalt, LGBTIQ+	21
4.5 Demokratie- und Antidiskriminierungsarbeit.....	21
4.6 Parlamentarische Strategien.....	22
4.7 Vergleich zwischen Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern	23
4.8 Politische Funktion parlamentarischer Anfragen	23
5. Bedeutung für die Soziale Arbeit	28
6. Ausblick und Prognosen.....	32
7. Handlungsempfehlungen.....	33
7.1 Für die Fachpraxis der Sozialen Arbeit	33
7.2 Für politische Entscheidungsträger*innen	34
Quellen.....	36
Literatur	36
Drucksachen und Pressemitteilungen.....	41
Autor*innen	49

Abbildungen

Abbildung 1: Parlamentarische Eingaben und Pressemitteilungen der AfD-Landtagsfraktion mit Bezug zu Sozialer Arbeit in Thüringen je Monat von Juli 2020 bis Juni 2025.....	12
Abbildung 2: Parlamentarische Eingaben und Pressemitteilungen der AfD-Landtagsfraktion mit Bezug zu Sozialer Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern je Monat von Juli 2020 bis Juni 2025	13
Abbildung 3: Art der parlamentarischen Eingaben und Pressemitteilungen mit Bezug zu Sozialer Arbeit in Thüringen von Juli 2020 bis Juni 2025.....	15
Abbildung 4: Art der parlamentarischen Eingaben und Pressemitteilungen mit Bezug zu Sozialer Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern von Juli 2020 bis Juni 2025	16
Abbildung 5: Ausgewertete parlamentarische Eingaben und Pressemitteilungen in Thüringen nach Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit	18
Abbildung 6: Ausgewertete parlamentarische Eingaben und Pressemitteilungen in Mecklenburg-Vorpommern nach Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit.....	19

Zusammenfassung

Ziel: Dieses Working Paper untersucht vergleichend parlamentarische Aktivitäten und Strategien der AfD-Landtagsfraktionen in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern im Zeitraum Juli 2020 bis Juni 2025, mit Fokus auf ihre Bedeutung für die Soziale Arbeit (insbesondere als Praxis und Profession).

Datengrundlage: Die zugrunde liegende Analyse wurde im Sommer 2025 im Rahmen des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekts SoFRIED (Laufzeit 2025–2027), das an der Hochschule Neubrandenburg koordiniert wird, in Auftrag gegeben. Für die Analyse wurden insgesamt 1446 parlamentarische Dokumente – darunter Kleine Anfragen, Anträge und Gesetzentwürfe – und Pressemitteilungen aus den Landtagen Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Thüringen ausgewertet; davon entfallen 822 parlamentarische Dokumente auf Thüringen (325) und Mecklenburg-Vorpommern (497).

Zentrale Befunde: Die AfD nutzt parlamentarische Instrumente zunehmend, um Einfluss auf das Sozialwesen zu nehmen. Dabei geht es nicht allein um klassische Oppositionsarbeit, sondern um Strategien, die auf die Delegitimierung, Verunsicherung und langfristige Schwächung öffentlicher wie zivilgesellschaftlicher Infrastruktur im Bildungs- und Sozialwesen zielen. Dies ist von fundamentaler Bedeutung, da Soziale Arbeit nicht nur zu den größten Berufsgruppen in Deutschland zählt, sondern durch ihr Wirken auch Einfluss auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt hat.

- Die AfD nutzt parlamentarische Mittel gezielt, um Projekte, Träger und Institutionen Sozialer Arbeit unter Druck zu setzen. Wiederkehrende Strategien sind die detaillierte Abfrage personeller, finanzieller und organisatorischer Informationen, die öffentliche Infragestellung der politischen Neutralität sozialer Einrichtungen sowie Forderungen nach der Kürzung oder Streichung öffentlicher Fördermittel.
- Gleichzeitig greift die AfD zentrale Fachbegriffe Sozialer Arbeit – etwa „Kindeswohl“ oder „Diskriminierung“ – auf und deutet sie im Sinne ihrer politischen Agenda um. Parlamentarische Aktivitäten dienen damit nicht nur der Informationsgewinnung oder Gesetzgebung, sondern auch der Verschiebung gesellschaftlicher Deutungsmuster und der öffentlichen Delegitimierung demokratischer und zivilgesellschaftlicher Akteur*innen.
- Zwischen beiden Bundesländern zeigen sich deutliche Unterschiede. In Thüringen sind die parlamentarischen Aktivitäten stärker auf öffentlichkeitswirksame, „kulturkämpferische“ Auseinandersetzungen aus-

gerichtet und die öffentliche Wahrnehmung eng mit der Person Björn Höcke sowie den Debatten um den sogenannten „Flügel“ verbunden. In Mecklenburg-Vorpommern erscheint das Vorgehen weniger konfrontativ inszeniert, zeichnet sich jedoch durch eine kontinuierliche, thematisch breitere und parlamentarisch professionellere Bearbeitung sozialpolitischer Themen aus.

Die Analyse verdeutlicht, dass sich parlamentarische Strategien der AfD je nach regionalem Kontext unterschiedlich gestalten, in ihrer Zielrichtung jedoch vergleichbar sind.

Handlungsempfehlungen: Aus den Ergebnissen ergeben sich konkrete Handlungserfordernisse für Politik, Verwaltung und die Profession der Sozialen Arbeit.

- Verwaltungsbehörden sollten für die strategische Nutzung parlamentarischer Anfragen sensibilisiert und im Umgang mit personenbezogenen und anderen sensiblen Daten unterstützt werden.
- Gleichzeitig bedarf es des Aufbaus dauerhaft finanzierter Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für den Umgang mit parlamentarischen Angriffen sowie eines kontinuierlichen Monitorings solcher parlamentarischen Aktivitäten.
- Für die Soziale Arbeit selbst empfiehlt sich, den Umgang mit parlamentarischen Angriffen nicht als individuelles Problem einzelner Einrichtungen zu behandeln, sondern institutionelle Gegenstrategien zu entwickeln. Verbindliche Module, verankert in der akademischen Ausbildung, sowie Fortbildungen und Weiterbildungsformate können dazu genutzt werden, strategische Bündnispartnerschaften und Monitoringstellen bundesweit koordiniert aufzubauen und juristische Expertise einzubinden.
- Gerade in ländlichen Räumen sind Erhalt und Ausbau sozialer Infrastruktur essenziell, da extrem rechte Akteur*innen gerade in infrastrukturelle Versorgungslücken, etwa in der sozialen Daseinsvorsorge, eindringen.

Das Working Paper macht deutlich, dass parlamentarische Aktivitäten der AfD nicht isoliert betrachtet werden sollten. Sie sind Teil einer umfassenderen Strategie politischer Einflussnahme auf die demokratische Zivilgesellschaft und stellen damit auch die Soziale Arbeit vor neue und komplexe Herausforderungen. Ein besseres Verständnis dieser Strategien ist eine wichtige Voraussetzung dafür, demokratische Handlungsspielräume langfristig zu sichern und resiliente Strukturen Sozialer Arbeit zu stärken.

1. Problemaufriss

Mit der Alternative für Deutschland (AfD, gegründet 2013) hat eine extrem rechte und in Teilen gesichert rechtsextremistische Partei auf kommunaler, Landes- und Bundesebene erhebliche politische Repräsentation erlangt. Dies verweist auf eine zunehmende Normalisierung extrem rechter Positionen im politischen Raum. Mehrere Landesverbände der AfD werden von den zuständigen Verfassungsschutzbehörden als rechtsextremistische Verdachtsfälle oder als erwiesen beziehungsweise gesichert rechtsextremistische Bestrebungen eingestuft.

Der Einfluss extrem rechter Akteur*innen auf die Soziale Arbeit wurde in den vergangenen Jahren in mehreren empirischen Studien untersucht (Gille et al., 2019; Gille/Krüger/Wéber, 2022; Krüger/Wéber, 2025). Im Fokus standen dabei u. a. die parlamentarischen Aktivitäten der AfD. Diese ersten Studien zeigen, dass die Partei demokratische Institutionen und Verfahren nutzt, um politische Diskurse nach rechts zu verschieben und politische Gegner zu delegitimieren.

Zugleich verweisen die Befunde darauf, dass die Soziale Arbeit weiterhin ein zentrales Interventionsfeld extrem rechter Akteur*innen darstellt: Ihre Themen, Einrichtungen, Träger und Verbände sowie Adressat*innen Sozialer Arbeit werden diskreditiert, angegriffen oder instrumentalisiert. Mit dem politischen Bedeutungsgewinn der AfD wächst der Druck auf soziale Träger und Einrichtungen. Dies äußert sich etwa in der verstärkten Infragestellung kommunaler Förderentscheidungen sowie der vielerorts steigenden Zahl parlamentarischer Anfragen auf Landesebene. Der damit verbundene Rechtfertigungsdruck schränkt die Handlungsspielräume sozialer Akteur*innen nachweislich ein.

Diese Entwicklungen sind für die Soziale Arbeit von besonderer berufsethischer und -politischer Relevanz. Als Profession besteht ihre institutionelle Funktion wesentlich in der Vermittlung zwischen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und Unterstützungsstrukturen und den Bürger*innen. Dabei bewegt sie sich in an den Schnittstellen von Demokratie, Wohlfahrtsstaat und Zivilgesellschaft und bearbeitet soziale Probleme und Konflikte, ohne deren strukturelle Bedingtheit auszuklammern (Bode, 2014; DBSH, 2024; Köttig/Röh, 2019).

Soziale Arbeit zählt zu den zahlenmäßig größten Berufsgruppen in Deutschland. Im Jahr 2025 wurden etwa 392.000 Fachkräfte mit einem (Fach-)Hochschulabschluss in der Sozialen Arbeit gezählt. Unabhängig vom Abschluss übten im gleichen Jahr 469.000 Erwerbstätige, darunter mehr als drei Viertel Frauen, „einen Beruf in der Sozialarbeit, Sozialpädagogik, in der Sozialberatung aus oder nahmen in diesem Feld Leitungsaufgaben wahr“ (BA, 2026, S. 1).

Leistungen der Sozialen Arbeit in Form von Hilfen und Angeboten werden über die gesamte Lebensspanne der Adressat*innen hinweg in den verschiedenen Handlungsfeldern in Kitas, Kinderheimen, Altenheimen, Pflegeeinrichtungen, Tagesstätten für Menschen mit und ohne Behinderungen, in ambulanten sozialen Diensten, Beratungsstellen, Reha-Einrichtungen, Bildungseinrichtungen, Kirchen und andere Religionsgemeinschaften, Justizvollzugsanstalten und Resozialisierungseinrichtungen sowie Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung täglich millionenfach in Anspruch genommen.

Allein im Handlungsfeld der Kinder- und Jugendhilfe (§ 2 SGB VIII) betrug 2022 die Anzahl der Kinder in der gesamten Kindertagesbetreuung 4.012.766, die Zahl der jungen Menschen (U 27) in Hilfen zur Erziehung 2021 1.127.869 und im selben Jahr wurden 673.371 Stammbesuchende in der offenen Kinder- und Jugendarbeit gezählt. Das Personal in der Kinder- und Jugendhilfe umfasste ohne Ehrenamt 2020/22 1.174.999 Beschäftigte, davon waren 1.027.013 Personen pädagogisch oder in Leitungsfunktionen tätig (Autor:innengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik, 2024, S. 30).

Die Auseinandersetzung mit extrem rechten Einflussnahmen im Sozialwesen erfolgt unter den aktuellen Bedingungen tiefgreifender struktureller Herausforderungen der Profession und Praxis. Hierzu zählen erhebliche Haushaltskürzungen, ein anhaltender Fachkräftemangel sowie die Folgen sozialstruktureller Transformationsprozesse, insbesondere in strukturschwachen Regionen: Laut aktuellen Zahlen zählen Spezialist*innen in der Kinderbetreuung und -erziehung sowie Expert*innen in „Sozialarbeit und Sozialpädagogik“ zu den Berufen „mit der größten Fachkräftelücke in ländlichen Regionen“ (Tiedemann/Herzer, 2025, S. 17; siehe auch BMFSFJ, 2024, S. 239; Franz / Spatscheck / van Rießen, 2024).

Vor diesem Hintergrund erscheinen extrem rechte Interventionen nicht als isolierte Einzelereignisse, sondern als Teil einer strukturellen Veränderung der Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit, die diesen eine besondere Qualität verleihen. Sie zielen nicht allein auf einzelne Angebote oder Einrichtungen, sondern wirken zunehmend auf fachliche Orientierungen, institutionelle Entscheidungen und professionelle Handlungsspielräume ein.

Erste systematische empirische Befunde aus Deutschland weisen bereits darauf hin, dass Angebote, Themen, Einrichtungen und Adressat*innen Sozialer Arbeit unter politischen Druck gesetzt und dabei, je nach Intention der agierenden AfD-Landtagsfraktionen, gezielt abgewertet, ideologisch und rassistisch aufgeladen, emotionalisiert und skandalisiert werden (Gille et al., 2019, S. 66 ff.). Zudem erfolgt eine starke Verengung der heterogenen Arbeitsfelder, Themen und Adressat*innen der Sozialen Ar-

beit auf das Thema Migration bei gleichzeitigem Ausbleiben von fachlichen Auseinandersetzungen mit sozialen Problemen oder den komplexen Lebenslagen der Nutzer*innen (Gille/Krüger/Wéber, 2022, S. 87).

Die vorliegende Analyse parlamentarischer Aktivitäten der AfD eröffnet die Möglichkeit, den Stellenwert zu rekonstruieren, den eine extrem rechte Partei der Sozialen Arbeit und ihren Handlungsfeldern beimisst. Dabei werden exemplarisch die ostdeutschen Bundesländer Thüringen (abgekürzt TH) und Mecklenburg-Vorpommern (abgekürzt MV) vergleichend in den Blick genommen.

Zugleich erlaubt die Analyse Einblicke in die politischen Problematisierungen Sozialer Arbeit: Sie macht sichtbar, welche Themen, Angebote und Einrichtungen in den Fokus parlamentarischer Aktivitäten geraten, welche Vorstellungen von Adressat*innen und institutionellen Strukturen artikuliert werden und welche Bereiche Sozialer Arbeit unbeachtet bleiben. Dabei geht sie folgenden Fragestellungen nach:

- Welche Themen setzt die AfD im Bereich Sozialer Arbeit in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern?
- Welche strategischen Muster zeigen sich in der parlamentarischen Aktivität?
- Welche Auswirkungen ergeben sich daraus für die Soziale Arbeit?

Um diese Einflussnahmen nicht nur anhand einzelner Konflikte, sondern systematisch und im Ländervergleich zu erfassen, untersuchen wir die Aktivitäten der AfD-Fraktionen in den Landtagen von Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern über einen Zeitraum von fünf Jahren. Im folgenden Abschnitt werden zunächst die Datengrundlage und das methodische Vorgehen erläutert.

2. Methodisches Vorgehen und Datengrundlage

Für die Analyse wurden parlamentarische Dokumente mithilfe einer systematisch entwickelten Begriffsliste recherchiert. Diese umfasste sowohl Begriffe aus den Handlungsfeldern Sozialer Arbeit als auch Chiffren und Narrative der extremen Rechten. Durch diesen doppelten Suchzugriff konnten auch indirekte oder codierte Bezugnahmen auf den Gegenstandsbereich Sozialer Arbeit erfasst werden. Die Recherche erfolgte über die politikwissenschaftliche Datenbank Polit-X und erfasste die Aktivitäten in den Landtagen Thüringens und Mecklenburg-Vorpommers im Zeitraum vom 1. Juli 2020 bis zum 30. Juni 2025.

Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern wurden ausgewählt, weil beide Bundesländer durch ostdeutsche Transformationserfahrungen und Strukturbedingungen, einen hohen Anteil ländlicher Räume sowie eine starke parlamentarische Verankerung der AfD geprägt sind. Zugleich unterscheiden sich die AfD-Fraktionen deutlich in ihrer parlamentarischen Arbeitsweise. Die Suchläufe ergaben zunächst jeweils zwischen 2.000 und 3.000 Treffer. Diese wurden anschließend jeweils auf ihre Relevanz für den Forschungsgegenstand geprüft, dabei wurden sehr weit gefasste Suchbegriffe wie „Asyl“ oder „Migration“ präzisiert, um die Treffergenauigkeit zu erhöhen.

Während der explorativen Datenerkundung zu Beginn wurden darüber hinaus – zur Verbesserung der Vergleichbarkeit – die Suchbefehle vereinheitlicht und auf ihre Treffergenauigkeit hin getestet. Die vorherige, deduktive Kategorienbildung, die Datenerfassung sowie die induktive Kategorienanpassung erfolgten als qualitative Inhaltsanalyse (Kuckartz/Rädiker, 2024).

Im Verlauf der Recherche zeigte sich, dass einzelne Dokumente mehrfach in den Treffern auftauchten, da sie unter verschiedenen Suchbegriffen erfasst wurden. Solche Wiederholungen sind analytisch von Bedeutung, da sie erste Hinweise auf Assoziationsketten und inhaltliche Verdichtungen liefern. Sie bildeten eine Grundlage für die weitere Kategorienbildung und eine engmaschige Betrachtung der politischen Bezugnahmen auf Begriffe Sozialer Arbeit.

Erste quantitative Auswertungen zeigten dabei bereits deutliche Unterschiede in der parlamentarischen Aktivität zwischen den Bundesländern. Trotz ihrer hohen medialen Präsenz weist die Thüringer AfD im Vergleich zu Mecklenburg-Vorpommern eine geringere Zahl relevanter parlamentarischer Aktivitäten auf.

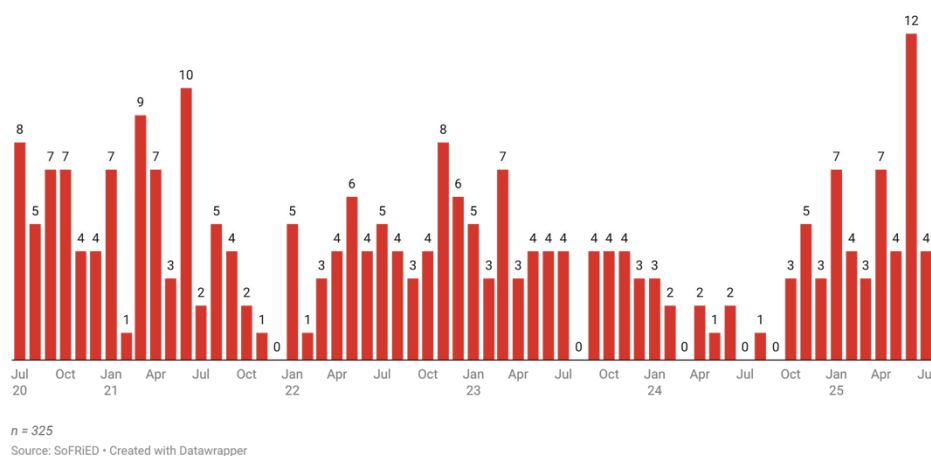
Im folgenden Kapitel wird auf dieser Datengrundlage die parlamentarische Aktivität der AfD-Fraktionen in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern hinsichtlich ihres Umfangs, ihrer zeitlichen Entwicklung und der genutzten Instrumente verglichen.

3. Umfang und Formen parlamentarischer Aktivität im Vergleich

Der quantitative Vergleich zeigt deutliche Unterschiede zwischen den AfD-Fraktionen in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Im Untersuchungszeitraum wurden in Mecklenburg-Vorpommern 497 relevante parlamentarische Dokumente und Pressemitteilungen erfasst, in Thüringen 325. Damit liegt die Zahl der Eingaben in Mecklenburg-Vorpommern rund 50 Prozent höher.

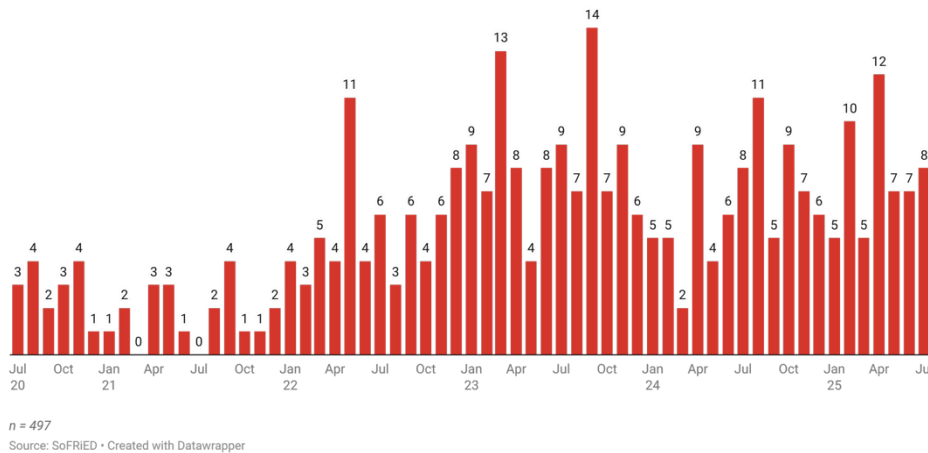
Darüber hinaus gibt es Unterschiede im zeitlichen Verlauf. Die Aktivität in Thüringen schwankt, bleibt über den fünfjährigen Beobachtungszeitraum insgesamt jedoch eher konstant. Die durchschnittliche monatliche Anzahl von Eingaben lag in der zweiten Jahreshälfte 2020 bei 5,1, in der ersten Jahreshälfte 2025 bei 5,8 – eine Veränderung um 13 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern hingegen ist eine deutliche Steigerung zu beobachten. Hier gab es in der zweiten Jahreshälfte 2020 im Schnitt 2,8 parlamentarische Eingaben pro Monat, in der ersten Jahreshälfte 2025 hingegen 7,7. Dies entspricht fast einer Verdreifachung der Aktivität (siehe Abbildungen 1 und 2).

Abbildung 1: Parlamentarische Eingaben und Pressemitteilungen der AfD-Landtagsfraktion mit Bezug zu Sozialer Arbeit in Thüringen je Monat von Juli 2020 bis Juni 2025



Quelle: eigene Darstellung nach Parlamentsdatenbank Landtag Thüringen

Abbildung 2: Parlamentarische Eingaben und Pressemitteilungen der AfD-Landtagsfraktion mit Bezug zu Sozialer Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern je Monat von Juli 2020 bis Juni 2025



Quelle: eigene Darstellung nach Parlamentsdatenbank Landtag Mecklenburg-Vorpommern (eigene Darstellung)

Diese Unterschiede in der parlamentarischen Aktivität sind umso bemerkenswerter, wenn die Größe der Fraktionen und deren Entwicklung berücksichtigt werden. Die Thüringer AfD-Fraktion wuchs im Untersuchungszeitraum von 22 auf 32 Abgeordnete, mit denen sie nun über eine Sperrminorität im Landtag verfügt. Die Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern verkleinerte sich dagegen von 18 auf 14 Abgeordnete.

Trotz der deutlich größeren Fraktion konnten in Thüringen erheblich weniger relevante parlamentarische Eingaben erfasst werden. Eine Erklärung hierfür bietet die Unterscheidung zwischen stärker parlamentsorientierten und stärker bewegungsorientierten AfD-Fraktionen aus der politikwissenschaftlichen Parteienforschung (Schroeder et al., 2017; Heinze, 2021).

Während erstere ihren Fokus auf parlamentarische Sacharbeit legen, nutzen letztere das Parlament eher – oder noch stärker – als Bühne, um mit ihrer Wähler*innen-Basis zu kommunizieren. Hier steht vor allem die mediale Inszenierung im Vordergrund, während die Abgeordneten beispielsweise kaum in den unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagenden Ausschüssen mitarbeiten. Die AfD hat hier schon früh die eigene Inszenierung zwischen „Opfer“ und „Kümmerer“ professionalisiert (Heinze, 2021).

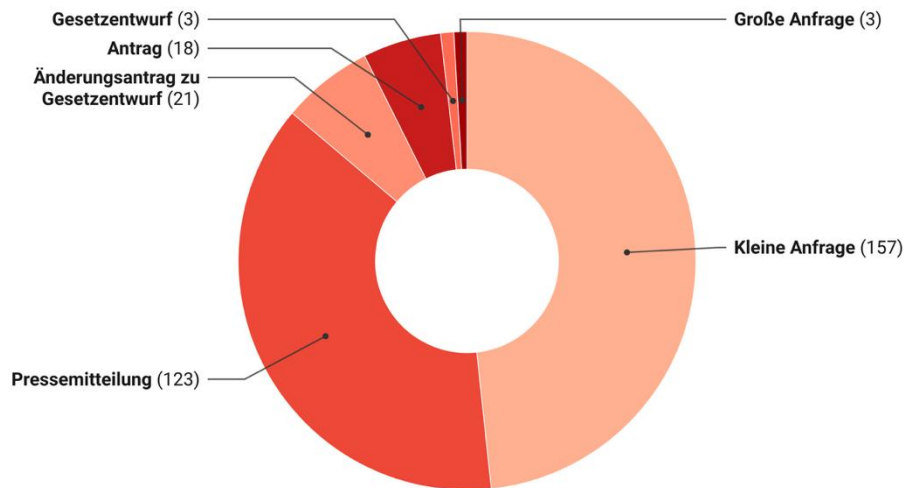
Die Nutzung der parlamentarischen Instrumente in beiden untersuchten Ländern ähnelt sich (siehe Abbildungen 3 und 4): Kleine Anfragen bil-

den jeweils etwa die Hälfte der erfassten Dokumente. Diese können von jedem und jeder Angeordneten gestellt werden und dürfen maximal zehn Fragen mit jeweils drei Unterfragen (Mecklenburg-Vorpommern) bzw. 15 Fragen insgesamt (Thüringen) enthalten. Dabei muss sich eine Kleine Anfrage auf *einen* Sachverhalt beziehen.

Die vorgegebenen Antwortfristen variieren dabei stark. In Mecklenburg-Vorpommern beträgt diese Frist gemäß § 64 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages 20 Werktage (Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 2024, S. 57), in Thüringen gemäß § 90 Abs. 4 sechs Wochen und kann nach Absprache verlängert werden (Thüringer Landtag, 2025, S. 26). Die AfD Mecklenburg-Vorpommern greift in ihren parlamentarischen Aktivitäten zudem engmaschig auf bereits beantwortete Kleine Anfragen zurück und stellt darauf aufbauend neue Anfragen mit Rückfragen.

Bei den voraussetzungsvolleren Instrumenten parlamentarischer Arbeit zeigen sich jedoch Unterschiede. Große Anfragen werden jeweils fast gar nicht genutzt. Diese müssen von mindestens zehn Abgeordneten oder einer gesamten Fraktion (Thüringen) bzw. fünf Prozent der Abgeordneten oder einer gesamten Fraktion (Mecklenburg-Vorpommern) eingebracht werden. Die AfD-Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern hat dreimal mehr eigene Gesetzentwürfe (9 zu 3) und knapp doppelt so viele Anträge (33 zu 18) eingebracht wie ihr Pendant in Thüringen. Bei Änderungsanträgen zu Gesetzesentwürfen ist der Unterschied etwas geringer (33 zu 21).

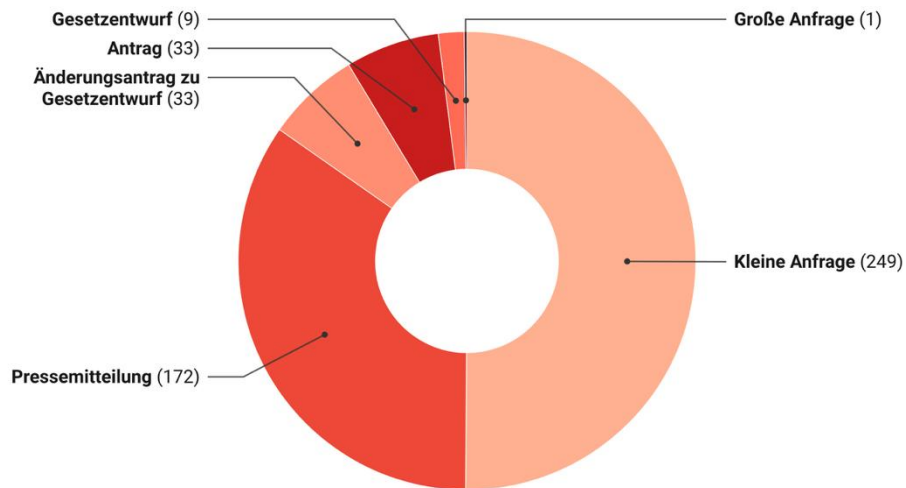
Abbildung 3: Art der parlamentarischen Eingaben und Pressemitteilungen mit Bezug zu Sozialer Arbeit in Thüringen von Juli 2020 bis Juni 2025



Source: SoFRIED • Created with Datawrapper

Quelle: eigene Darstellung nach Parlamentsdatenbank Landtag Thüringen

Abbildung 4: Art der parlamentarischen Eingaben und Pressemitteilungen mit Bezug zu Sozialer Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern von Juli 2020 bis Juni 2025



Source: SoFRIED • Created with Datawrapper

Quelle: eigene Darstellung nach Parlamentsdatenbank Mecklenburg-Vorpommern

Insgesamt zeigt sich damit ein deutlicher Unterschied zwischen medialer Sichtbarkeit, Fraktionsgröße und parlamentarischer Aktivität. Während die Thüringer AfD öffentlich besonders stark wahrgenommen wird, weist die Fraktion in Mecklenburg-Vorpommern eine höhere und im Zeitverlauf zunehmende Zahl parlamentarischer Eingaben auf. Dies betrifft nicht nur Kleine Anfragen, sondern auch voraussetzungsvollere Instrumente wie Anträge, Änderungsanträge und Gesetzentwürfe. Die quantitative Aktivität allein gibt jedoch noch keinen Aufschluss darüber, welche Themen aufgegriffen und welche politischen Ziele damit verfolgt werden. Diese werden im nächsten Kapitel zusammenfassend dargestellt.

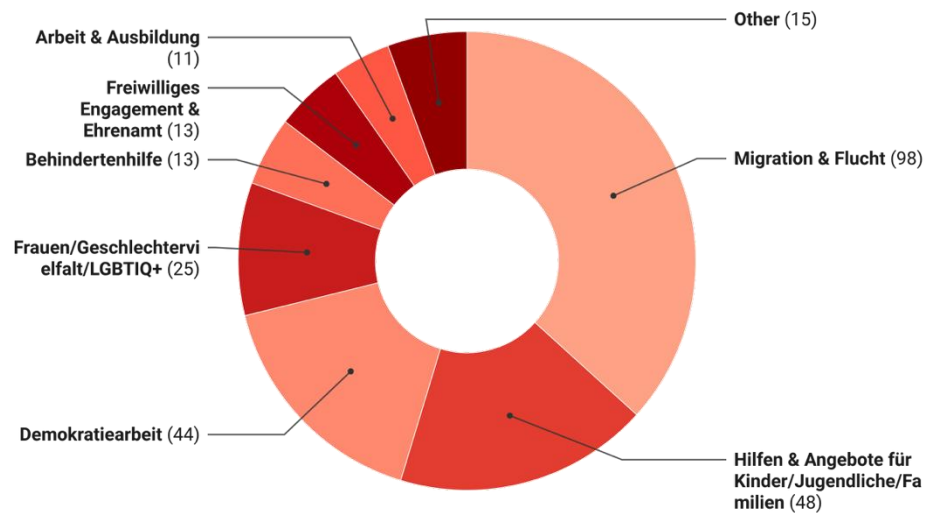
4. Thematische Schwerpunkte der parlamentarischen Eingaben

4.1 Zentrale Befunde

Die parlamentarischen Aktivitäten der AfD im Bereich der Sozialen Arbeit richten sich nur selten unmittelbar gegen die Profession selbst. Dennoch konzentrieren sie sich auf die Handlungsfelder der Sozialen Arbeit. Besonders häufig werden Migration und Flucht, Kinder- und Familienhilfe, Gleichstellung sowie Demokratiearbeit aufgegriffen. Über diese Themenfelder werden zentrale Institutionen des Sozialstaats, zivilgesellschaftliche Träger und demokratische Bildungsangebote zum Gegenstand parlamentarischer Angriffe (siehe Abbildungen 5 und 6).

Die Analyse der Landtagsfraktionen in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern zeigt dabei eine große Ähnlichkeit in der Verteilung der inhaltlichen Schwerpunkte. Unterschiede bestehen vor allem in der Frequenz, der parlamentarischen Arbeitsweise und der strategischen Nutzung der parlamentarischen Instrumente. Insgesamt wird deutlich, dass parlamentarische Initiativen nicht nur der Gesetzgebung, sondern zugleich der öffentlichen Kommunikation, der Delegitimierung gesellschaftlicher Akteur*innen und der Verschiebung politischer Diskurse dienen.

Abbildung 5: Ausgewertete parlamentarische Eingaben und Pressemitteilungen in Thüringen nach Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit

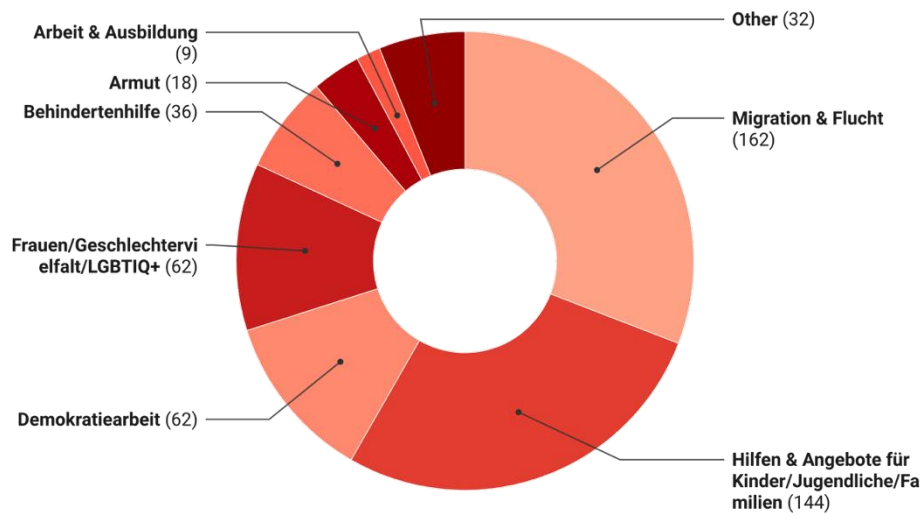


Source: SoFRIED • Created with Datawrapper

Anmerkung: Mehrfachzuordnungen möglich, nicht immer klare Zuordnung möglich

Quelle: eigene Darstellung nach Parlamentsdatenbank Landtag Thüringen

Abbildung 6: Ausgewertete parlamentarische Eingaben und Pressemitteilungen in Mecklenburg-Vorpommern nach Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit



Source: SoFRIED • Created with Datawrapper

Anmerkung: Mehrfachzuordnungen möglich, nicht immer klare Zuordnung möglich

Quelle: eigene Darstellung nach Parlamentsdatenbank Landtag Mecklenburg-Vorpommern

4.2 Migration und Flucht

Den größten Schwerpunkt parlamentarischer Aktivitäten bildet das Themenfeld Migration. Migration wird dabei nur selten als soziodemographische Chance und sozialpolitische oder humanitäre Herausforderung behandelt, sondern überwiegend mit Kriminalität, Überforderung staatlicher Institutionen, Belastungen für den öffentlichen Haushalt und Fragen nationaler Identität verknüpft. Besonders häufig werden Kosten der Unterbringung, Abschiebungen oder Straftaten von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit parlamentarisch problematisierend, polemisch und stigmatisierend aufgegriffen.

In Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich dieses Muster beispielsweise in zahlreichen Kleinen Anfragen zu den Kosten staatlicher und gesundheitlicher Leistungen für Migrant*innen sowie zur Nichtabschiebung ausreisepflichtiger Personen ([Drs. 8/1879 MV](#); [Drs. 8/3452 MV](#); [Drs. 8/1531 MV](#); [Drs. 8/620 MV](#)).

In Thüringen gibt es vergleichbare Eingaben, häufig adressiert an so bezeichnete „unbegleitete minderjährige Ausländer“ ([Drs. 7/2372 TH](#); [Drs. 8/419 TH](#)). Ergänzt werden diese parlamentarischen Eingaben regelmäßig durch Pressemitteilungen (abgekürzt mit PM), in denen Zahlen zu „ausländischen Tatverdächtigen“ oder Gefängnisinsassen verkürzt oder irreführend dargestellt werden ([PM 18.10.2024 MV](#); [PM 11.9.2024 MV](#)).

Darüber hinaus werden Begriffe wie „Flüchtlinge“ oder „Ausländer“ anstelle neutralerer Bezeichnungen wie „Geflüchtete“ genutzt, um die konstruierten Bedrohungsszenarien zu unterstreichen und migrationspolitische Debatten weiter zu emotionalisieren.

4.3 Hilfen und Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien

Ein zweiter Schwerpunkt betrifft Hilfen und Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien. Insbesondere auf schulische Bildung wird häufig Bezug genommen, wiederkehrend über eine Fehlinterpretation des Beutelsbacher Konsenses in Form einer „Neutralität“ gegenüber jedweder politischen Ausrichtung. Beispielhaft zeigt sich dies in der Kleinen Anfrage „Planspiel „Leben Lieben *Kreuzchen machen“ des Landesjugendrings an Schulen“ ([Drs. 8/3594 MV](#)), in der die Einhaltung des Beutelsbacher Konsenses hinterfragt wird.

Vergleichbare Argumentationsmuster finden sich in Thüringen etwa in der Kleinen Anfrage zum „Projekt ‚Schule der Vielfalt‘ in Thüringen“ ([Drs. 8/859 TH](#)). Außerdem wird regelmäßig Sexualpädagogik als sogenannte „Frühsexualisierung“ skandalisiert ([Drs. 8/2149 MV](#), [Drs. 8/3586 MV](#)).

Dazu finden häufig Themenüberschneidungen mit dem Handlungsfeld Migration und Flucht statt, etwa wenn es um die Kosten und Verteilung geflüchteter Kinder und Jugendlicher ([Drs. 8/620 MV](#)) oder generell um den Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten ([Drs. 8/1223 MV](#); [Drs. 8/1706 MV](#); [Drs. 8/419 TH](#)) geht.

Schließlich werden dezidiert Träger der Kinder- und Jugendhilfe angegriffen ([Drs. 7/2014 TH](#); [Drs. 7/2015 TH](#)) sowie die Streichung von Mitteln für Inklusion verlangt ([Drs. 8/2997 MV](#)).

4.4 Frauen, Geschlechtervielfalt, LGBTIQ+

Hier richten sich parlamentarische Initiativen insbesondere gegen Gleichstellungsbeauftragte, queere Bildungsangebote sowie Maßnahmen zur Sichtbarkeit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.

Ein wiederkehrender Angriffspunkt ist die Beflaggung öffentlicher Gebäude mit Regenbogenfahnen, die nicht als Ausdruck von Vielfalt verstanden, sondern als Symbol politischer Einflussnahme interpretiert wird. Beispielhaft hierfür steht die Kleine Anfrage „Hissen der Regenbogenflagge im Widerspruch zur Beflaggungsverordnung“ ([Drs. 7/5335 MV](#)). In Thüringen wird demgegenüber mit parlamentarischen Initiativen zur verpflichtenden Beflaggung mit Deutschland- und Thüringenflaggen eine alternative Symbolpolitik verfolgt ([PM 6.6.2025 TH](#)).

Ebenso wird die Abschaffung von Gleichstellungsbeauftragten gefordert und diese als überflüssige Bürokratie dargestellt. Pressemitteilungen wie „Herold: Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten würde Steuerzahler um fast eine halbe Million Euro entlasten“ ([PM 11.11.2020 TH](#)) oder „Das beste Sozialpaket wäre ein schlanker Staat“ ([PM 3.1.2023 MV](#)) verdeutlichen diese Argumentationslinie.

4.5 Demokratie- und Antidiskriminierungsarbeit

Über alle Themenfelder hinweg findet sich der wiederkehrende Vorwurf vermeintlich ideologischer Einflussnahme. Besonders Projekte der Demokratieförderung, politischen Bildungsarbeit oder Initiativen gegen Rechts extremismus werden als Ausdruck einer „linken Ideologie“ oder als „linksgrün“ bezeichnet (Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, 2018). Der Vorwurf mangelnder Neutralität dient dabei als zentrales Deutungsmuster, mit dem staatliche Förderung demokratischer Projekte grundsätzlich infrage gestellt wird.

Für Thüringen ist das beispielhaft am Thüringer Antidiskriminierungsnetzwerk Thadine sichtbar, die Gegenstand mehrerer Kleiner Anfragen sind ([Drs. 8/1820 TH](#), [Drs. 8/1120 TH](#)).

Daran schließen sich dann Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz an, die eine vollständige Streichung der Mittel vorsehen ([Drs. 8/838 TH](#)). Auch das Queere Zentrum Erfurt wird so angegriffen ([Drs. 8/888 TH](#)) und ein Stopp aller Zuweisungen gefordert ([Drs. 7/6948 TH](#)).

In Mecklenburg-Vorpommern wird dies am Vorgehen gegen den Landesjugendring deutlich ([Drs. 8/3646 MV](#), [Drs. 8/4650 MV](#), [Drs. 8/3594 MV](#)).

Auffällig ist zudem, dass die Fraktionen häufig nicht von „politischer Bildung“, sondern von „politischer Willensbildung“ sprechen. Diese sprachliche Verschiebung stellt die Legitimität demokratischer Bildungsarbeit grundsätzlich infrage und rahmt entsprechende Angebote als ideologische Einflussnahme.

4.6 Parlamentarische Strategien

Über die einzelnen Themenfelder hinaus lassen sich vier wiederkehrende strategische Muster identifizieren:

- **Angriff auf finanzielle Strukturen:** Änderungsanträge zu Haushalten richten sich regelmäßig gegen Fördermittel für Demokratieförderung, Integrationsarbeit, Gleichstellung, Inklusion oder queere Projekte. Besonders deutlich zeigt sich dies in Mecklenburg-Vorpommern, wo im Rahmen der Haushaltsberatungen zahlreiche Änderungsanträge auf die Streichung von Mitteln für Projekte wie Queere Vielfalt in Träger-schaft des Landesverbandes Soziokultur MV oder den Träger RAA Demokratie und Bildung MV eingebracht wurden.
- **Delegitimierung einzelner Träger:** Umfangreiche Kleine Anfragen widmen sich gezielt einzelnen Vereinen, Beratungsstellen oder Bildungsträgern. Beispielhaft stehen hierfür parlamentarische Initiativen zum Projekt Queere Vielfalt ([Drs. 8/4180 MV](#)) und zum Queeren Zentrum Erfurt ([Drs. 8/888 TH](#)) sowie die oben beschriebenen Eingaben zur Schule der Vielfalt oder zum Antidiskriminierungsnetzwerk Thadine. Die parlamentarische Kontrolle geht dabei häufig mit öffentlicher Diskreditierung in Pressemitteilungen einher.
- **Angriffe auf professionelle Arbeitsweisen:** Wiederkehrende Nachfragen zu Arbeitsweisen, Personalstrukturen oder Fördermitteln erzeugen erheblichen Rechtfertigungsdruck für Fachkräfte und Träger. Parlamentarische Kontrollinstrumente werden dadurch nicht ausschließlich zur Informationsgewinnung genutzt, sondern entfalten zugleich eine einschüchternde Wirkung. Da Ministerien oder Behörden zur Beantwortung parlamentarischer Anfragen Informationen bei geförderten Trägern abfragen können, werden auch dort personelle und zeitliche Ressourcen gebunden.
- **Strategische Bedeutungsverschiebungen:** Die Analyse zeigt schließlich eine systematische Umdeutung zentraler Begriffe. Kategorien wie „Neutralität“, „Diskriminierung“, „Kindeswohl“ oder „Ehrenamt“ werden neu gerahmt und mit ethnonationalen sowie leistungsorientierten Vorstellungen verknüpft. Damit entstehen alternative Deutungsan-

gebote, die humanistisch-demokratisch und menschenrechtlich orientierte Konzepte unter Druck setzen.

4.7 Vergleich zwischen Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern

Die grundlegenden Themen und Argumentationsmuster unterscheiden sich zwischen beiden Landtagsfraktionen nur geringfügig. Unterschiede zeigen sich vor allem in der parlamentarischen Umsetzung.

Die AfD Mecklenburg-Vorpommern arbeitet stärker mit detaillierten Änderungsanträgen, reagiert häufiger auf aktuelle politische Ereignisse und verbindet parlamentarische Initiativen eng mit einer öffentlichkeitswirksamen Kommunikationsstrategie. Die AfD Thüringen konzentriert sich demgegenüber stärker auf symbolpolitische Initiativen und grundsätzliche Angriffe gegen politische Bildung, Migration und geschlechtliche Vielfalt.

Gemeinsam ist beiden Fraktionen jedoch die strategische Nutzung parlamentarischer Instrumente zur Delegitimierung öffentlicher wie zivilgesellschaftlicher Infrastruktur im Bildungs- und Sozialwesen. Begriffe, Institutionen und Arbeitsfelder Sozialer Arbeit werden selektiv aufgegriffen und in neue ideologische Zusammenhänge gestellt, um ihre gesellschaftliche Legitimität infrage zu stellen.

Nachdem die thematischen Schwerpunkte und die besonders betroffenen Handlungsfelder Sozialer Arbeit herausgearbeitet wurden, richtet sich der Blick nun auf die politischen Funktionen der parlamentarischen Eingaben.

4.8 Politische Funktion parlamentarischer Anfragen

Parlamentarische Anfragen gehören zu den wichtigsten Instrumenten demokratischer Kontrolle. Das parlamentarische Frage- und Informationsrecht wird dabei aus der Kontrollfunktion des Parlaments und dem freien Mandat der Abgeordneten hergeleitet (Butzer, 2024, S. 13 f.). Zugleich ist in der Parlamentarismusforschung herausgearbeitet worden, dass parlamentarische Frageverfahren nicht nur als Kontrollinstrumente, sondern auch als Mittel symbolischer Politik und öffentlicher Thematisierung genutzt werden können (Siefken, 2010, S. 18). Doch klar ist: Parlamentarische Fragen sind vor allem auch strategische Instrumente von Parteien im politischen Wettbewerb (Otjes/Louwerse, 2018, S. 497 f.).

In den untersuchten parlamentarischen Eingaben der AfD-Fraktionen in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich das gleichfalls. Kleine Anfragen werden nicht nur als Kontrollinstrument genutzt. Sie erfüllen zugleich eine politische Funktion, die über die unmittelbare Informationsgewinnung hinausgeht. Mit Blick auf die Soziale Arbeit in diesen zwei Bundesländern dienen sie der extremen Rechten dazu, bestimmte Gruppen zu problematisieren, Träger und Projekte zu delegitimieren, finanzielle Angriffe vorzubereiten, professionelle Akteur*innen einzuschüchtern und extrem rechte Deutungsmuster zu normalisieren.

Eine erste Funktion besteht in der Bindung von Ressourcen. Viele Anfragen verlangen umfangreiche Aufschlüsselungen über längere Zeiträume hinweg. Abgefragt werden etwa Fördermittel, Personalstrukturen, Projektinhalte, Zielgruppen, Kostenentwicklungen oder statistische Angaben zu Migration, Schule, Kriminalität und Sozialleistungen. Dadurch entsteht für Verwaltungen, Ministerien und nachgeordnete Behörden erheblicher Bearbeitungsaufwand.

Die parlamentarische Anfrage wird damit selbst zu einer Intervention in das Feld, das sie untersucht. Sie erzeugt nicht nur Wissen über Soziale Arbeit im jeweiligen Bundesland, sondern bindet zugleich Ressourcen jener Institutionen, also den zuständigen Ministerien und den nachgeordneten Behörden, die sozialpolitische Maßnahmen verwalten, absichern oder fachlich begleiten.

Eine zweite Funktion parlamentarischer Anfragen liegt in der Informationsbeschaffung für die Öffentlichkeitsarbeit (Otjes/Louwerse, 2018, S. 510 f.): Antworten der Landesregierungen liefern amtliche Daten, Zahlen und Formulierungen, die anschließend in Pressemitteilungen, parlamentarischen Debatten oder sozialen Medien weiterverwendet werden können. Im untersuchten Fall erhalten speziell extrem rechte Deutungen den Anschein besonderer Glaubwürdigkeit.

Die AfD kann sich auf offizielle Antworten beziehen und diese zuspitzen. Aus verwaltungsförmigen Daten entstehen politische Erzählungen über Kontrollverlust, angebliche Steuerverschwendung, Überforderung von Schulen, Kriminalität oder vermeintliche „ideologische“ Projekte. Gewonnene Informationen werden in Pressemitteilungen zur Kommunikation mit der Wähler*innenbasis, nicht selten unter selektiver oder verzerrter Darstellung von Sachverhalten, instrumentalisiert.

Eine dritte Funktion besteht in der Delegitimierung von Projekten, Trägern und Institutionen. Dieser Befund schließt an eine ältere Analyse der Kleinen Anfragen der AfD im Thüringer Landtag an, die neben rechten Identitätsthemen auch autoritäre Gegenangriffe auf zivilgesellschaftliche und demokratische Akteure herausarbeitet (Miehlke, 2021, S. 69 f.). Wiederkehrend fragt die AfD nach Förderhöhen, Personal, Qua-

lifikation, Projektzielen, Kooperationspartner*innen und politischer Neutralität. Betroffen sind insbesondere Einrichtungen der Demokratieförderung, Antidiskriminierungsarbeit, politischen Bildung, Gleichstellung, queeren Bildungsarbeit, Migrationsberatung und Schulsozialarbeit.

Ein Beispiel hierfür ist der Umgang der Thüringer AfD mit dem Antidiskriminierungsnetzwerk Thadine. Die parlamentarischen Eingaben richten sich nicht allein auf sachliche Informationen, sondern stellen Gemeinnützigkeit, Förderwürdigkeit und politische Neutralität des Vereins infrage. Dadurch entsteht der Eindruck, Antidiskriminierungsarbeit sei nicht Teil demokratischer und professioneller Infrastruktur, sondern ein politisch verdächtiges Projekt. Schon die Art der Anfrage setzt den Verein unter Rechtfertigungsdruck.

Damit verbunden ist eine vierte Funktion: Einschüchterung und Disziplinierung. Parlamentarische Anfragen wirken nicht nur auf Regierung und Verwaltung, sondern auch auf die adressierten Einrichtungen selbst.

Das demokratische parlamentarische Mittel oppositioneller Parteien der Kleinen Anfrage wird strategisch genutzt, um gezielt Verunsicherung zu stiften und Akteur*innen Sozialer Arbeit in die Defensive zu treiben. Mit einem je spezifischen Fokus auf bestimmte Arbeitsweisen und -abläufe und die detaillierten Nachfragen dazu wird nach Fehlverhalten, etwa im Umgang mit dem Neutralitätsgebot in der Schul- und Jugendsozialarbeit gesucht.

Gleichzeitig streut die AfD gegenüber der Exekutive, an die sich die parlamentarischen Eingaben richten, gezielt Verdacht. Über die pauschalen Angriffe auf ganze Wissenschaftszweige wie etwa die Gender Studies – sowohl finanzieller als auch inhaltlicher Art – werden dabei auch Teile der akademischen Ausbildung der Sozialen Arbeit angegriffen.

Wenn Träger, Projekte oder einzelne Arbeitsfelder wiederholt Gegenstand parlamentarischer Durchleuchtung werden, kann dies Verunsicherung auslösen. Fachkräfte und Organisationen müssen damit rechnen, dass ihre Arbeit, ihre Finanzierung oder ihre öffentlichen Positionierungen politisch gegen sie verwendet werden. Gerade im Feld der Sozialen Arbeit, das häufig von befristeter Projektförderung, knappen Ressourcen und Abhängigkeiten geprägt ist, kann dies zu vorauseilender Zurückhaltung führen. Öffentliche Positionierungen können dadurch erschwert werden und als Konsequenz weitere inhaltliche Verschiebungen begünstigen.

Eine fünfte Funktion liegt in der Normalisierung extrem rechter Narrative. Die parlamentarische Form gibt bestimmten Begriffen und Deutungen institutionelles Gewicht. Wenn wiederholt nach „Ausländerkriminalität“, „Frühsexualisierung“, „Diskriminierung Deutscher“, „Neutrali-

tät“, „Gender-Ideologie“ oder „Remigration“ gefragt wird, werden diese Begriffe im parlamentarischen Raum und damit auch im politischen Diskurs normalisiert.

Für die Soziale Arbeit ist dies besonders relevant, weil zentrale professionelle Begriffe verschoben werden: „Kindeswohl“ wird gegen Sexualpädagogik, Kinderrechte oder queere Bildung mobilisiert, „Neutralität“ gegen demokratische Positionierung und Rechtsextremismusprävention gewendet, Diskriminierung zur Behauptung einer Benachteiligung der Mehrheitsgesellschaft umgedeutet und Inklusion als Belastung für Schule, Leistung und Ordnung gerahmt.

So erscheint etwa Schulsozialarbeit in Mecklenburg-Vorpommern nicht primär als Angebot der Unterstützung, Teilhabe und sozialpädagogischen Begleitung, sondern wird durch die extreme Rechte mit Gewalt, Drogenprävention, Disziplin und Leistungsprinzip verknüpft.

Schließlich bereiten parlamentarische Anfragen finanzielle Angriffe vor. Die wiederholte Abfrage von Fördermitteln, Kosten und Trägerstrukturen steht häufig nicht isoliert. Sie kann dazu dienen, spätere Kürzungsforderungen oder Änderungsanträge politisch zu plausibilisieren. Zunächst wird ein Projekt als problematisch markiert, dann wird seine Finanzierung infrage gestellt, schließlich erscheint die Streichung oder Umwidmung von Mitteln als konsequente haushaltspolitische Maßnahme.

Die Unterscheidung zwischen stärker bewegungsorientierten und stärker parlamentsorientierten AfD-Fraktionen, wie sie bereits in früheren Untersuchungen beschrieben wurden (Schroeder et al., 2017, S. 56 f.), lässt sich auch im hier untersuchten Material wiederfinden. In Thüringen zeigt sich dies exemplarisch daran, dass parlamentarische Eingaben häufig von einer polemischen Öffentlichkeitsstrategie flankiert werden.

Besonders deutlich wird dies in den Themenfeldern Gender, Migration und Verfassungsschutz. Die parlamentarische Praxis dient hier weniger einer systematischen Bearbeitung sozialpolitischer Felder als der Zuspitzung symbolischer Konflikte und der Delegitimierung politischer Gegner und demokratischer Kontrollinstanzen.

In Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich demgegenüber eine stärker parlamentsorientierte Praxis. Dies wird besonders am Beispiel der bereits angeführten Schulsozialarbeit sichtbar. Die AfD-Fraktion stellt wiederholt kleine Anfragen und Anträge zur Ausstattung, Finanzierung und Struktur von Schulsozialarbeit ([Drs. 8/4351 MV](#), [Drs. 8/703 MV](#)) und nutzt diese zugleich, um das Feld inhaltlich neu zu rahmen.

Schulsozialarbeit erscheint dabei nicht primär als professionelles Angebot der Unterstützung, Teilhabe und sozialpädagogischen Begleitung, sondern wird mit Gewaltprävention, Drogenproblematik, Disziplin, Leistungsprinzip und Wertevermittlung verknüpft ([Drs. 8/2047 MV](#)). Gerade

dieses Beispiel zeigt, dass Parlamentsorientierung nicht mit demokratischer Mäßigung gleichzusetzen ist. Auch demokratische parlamentarische Praxis kann so der politischen Umdeutung professioneller Handlungsfelder und der Normalisierung extrem rechter Deutungsmuster dienen und damit letztlich antidemokratisch wirken.

5. Bedeutung für die Soziale Arbeit

Insgesamt bleiben die parlamentarischen Anfragen damit nicht auf den parlamentarischen Raum beschränkt. Sie wirken in die Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit hinein. Sie können Ressourcen binden, Träger verunsichern, professionelle Standards delegitimieren, öffentliche Diskurse verschieben und finanzielle Angriffe vorbereiten. Ihre politische Funktion besteht gerade darin, demokratische Kontrollrechte formal zu nutzen, um demokratische, menschenrechtsorientierte und diskriminierungskritische Infrastrukturen Sozialer Arbeit unter Druck zu setzen.

Diese ineinandergreifenden Wirkungen entfalten sich nicht nur auf Nutzer*innen und Sozialarbeitende, Einrichtungsteams und Träger sowie auf die Institutionen und ihre Praktiken selbst. Die parlamentarischen Einflussnahmen zeigen sich wirkungsmächtig auch auf Hochschullehrende und -leitungen sowie Hochschulpraxis.

Die Analyse zeigt: Die verschiedenen Funktionen der strategischen parlamentarischen Einflussnahmen lassen sich analytisch als Deprofessionalisierungsversuche der Sozialen Arbeit einordnen. Deprofessionalisierung gehört nicht nur in Deutschland zu den zentralen Herausforderungen seit den Anfängen der Profession, deren Bearbeitung aktuell europaweit stattfindet (Alsago/Braches-Chyrek/Meyer, 2025; Bányai, 2024; Franz / Spatscheck / van Rießen, 2024; Trappenburg / van Beek, 2019).

Deprofessionalisierungstendenzen betreffen insgesamt alle Prozesse und Bereiche Sozialer Arbeit, von den Arbeitsverhältnissen über die Nutzung von Angeboten bis zur beruflichen Qualifizierung und Weiterbildung (Franz / Spatscheck / van Rießen, 2024, S. 16). Das komplexe Zusammenwirken ökonomischer, organisatorischer und gesellschaftlicher Bedingungen und Praktiken verweist auf „Prozesse der Einschränkung, Gefährdung, Bedrohung oder Verunmöglichung professionellen Handelns“ (Ehlert, 2022).

Es geht um Be- bzw. Verhinderung professionellen Handelns und professioneller Autonomie, die dazu führt, dass die Anliegen der Nutzer*innen, die in soziale Probleme eingebettet sind, nicht auf Basis der professionellen Mandate Sozialer Arbeit bearbeitet werden. Auf Grundlage der parlamentarischen Interventionen lassen sich damit Deprofessionalisierungspotenziale erkennen. Ob und in welcher Form daraus tatsächliche Veränderungen professioneller Praxis entstehen, bedarf weiterer empirischer Untersuchungen. Anhand der Vorgehensweise der AfD-Fraktionen lassen sich bereits folgende strategische Muster in den parlamentarischen Aktivitäten feststellen:

1. Finanzielle Destabilisierung, die in der Konsequenz zu „Qualitätseinbußen in der Versorgung und Betreuung vulnerabler Gruppen“ (Loheide, 2025, S. 138) führt

Eine fundamentale Ebene der Angriffe auf die Soziale Arbeit besteht in dem Versuch von Mittelkürzungen und -streichungen. Diese finden meist über das parlamentarische Eingabemittel des Änderungsantrags zu (Haushalts-)Gesetzesentwürfen statt, können aber auch ebenso in Anträgen oder Kleinen Anfragen vorgebracht werden.

Die AfD fordert regelmäßig die Kürzung oder Streichung von Mitteln für unliebsame Projekte oder Träger (Integration und Partizipation von Migrantinnen und Migranten: [Drs. 8/961 MV](#) und [Drs. 8/3020 MV](#); Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte bei der Einführung der inklusiven Schulentwicklung: [Drs. 8/2995 MV](#); Förderung von Projekten im Rahmen der individuellen Förderung/Inklusion, [Drs. 8/2997 MV](#)).

Der Blick nach Hessen zeigt, dass diese Kürzungen teilweise in den dreistelligen Millionenbereich gehen können: „Leistungen für unbegleitete ausländische Kinder und Jugendliche (umA) nach SGB VIII“ sollen um 101 Millionen Euro gekürzt werden ([Drs. 21/1919 Hessen](#)); an anderer Stelle wird eine Reduktion der Mittel für Inklusion um knapp 400 Millionen Euro gefordert ([Drs. 21/1865 Hessen](#)).

Die Forderungen beziehen sich auf die Versorgung minderjähriger Geflüchteter, auf Vielfaltszentren, die sich für Teilhabe und Antidiskriminierung in der Integrationspolitik einsetzen, auf die Arbeit und Strukturen von Gleichstellungsbeauftragten und Chancengleichheitsmaßnahmen, auf den Bereich der Inklusion, für Beratungsstellen für Menschen in benachteiligenden Lebenslagen, auf den Bereich von Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit, auf Bildungseinrichtungen selbst sowie Demokratieprojekte.

Die Angriffe finden auch über dem Umweg einer versuchten Aberkennung der Gemeinnützigkeit statt. Angriffe richten sich gegen Verbände (z. B. gegen den Landesverband Soziokultur MV 2025), aber auch die Träger der freien Wohlfahrtspflege wie Diakonie, Lebenshilfe oder dem Paritätischen Wohlfahrtsverband.

Infolge finanzieller Einbußen kann die Qualität der Versorgung und Betreuung insbesondere für Menschen in besonders schutzbedürftigen und benachteiligenden Lebenslagen, d. h. für „Kinder, ältere und pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderungen oder sozial Benachteiligte“ (Loheide, 2025, S. 138) nicht gehalten werden. Zudem können Angebote und Unterstützungsmaßnahmen „nicht in ausreichender Qualität erbracht werden“ (Loheide, 2025, S. 138)

Wenn die Schutzbedürftigkeit nicht als solche anerkannt wird, wird der Schutzauftrag Sozialer Arbeit eingeschränkt oder sie bleibt vollständig

aus. Dies wirkt sich auf die Teilhabechancen der Adressat*innen aus, die von Erwerbslosigkeit, Armut, Obdach- oder Wohnungslosigkeit oder Suchterkrankungen – und zusätzlich von Rassismus und Diskriminierung – betroffen sein können und führt insgesamt zu einer Verschlechterung ihrer Lebenslagen.

Gelegentlich finden sich in den parlamentarischen Aktivitäten der untersuchten AfD-Fraktionen auch Forderungen nach einem Mittelaufwuchs; diese sind allerdings an Bedingungen geknüpft, die im Effekt ebenso eine Deprofessionalisierung befördern. Hier wird dann mehr Geld für von Gewalt betroffene Frauen gefordert, der ausschließliche Fokus liegt allerdings auf „Ehrgewalt“ und partnerschaftlicher Gewalt innerhalb von migrantischen Communities.

Es finden sich auch Forderungen nach mehr Geld für Kinder- und Jugendhilfe, aber unter der Ägide einer rückwärtsgewandten Sexualaufklärung; mehr Geld für die Arbeit mit Drogenkonsument*innen wird an die Bedingung eines rein repressiven Umgangs mit ihnen verknüpft.

2. Vertrauensverlust in Institutionen des Sozialwesens und in den Wohlfahrtsstaat durch kategorielle Verschiebungen und strategische Bedeutungszuweisungen

Die vorliegenden Analysen zeigen deutlich, wie die AfD in den Landtagen von Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern zentrale Begriffe wohlfahrtsstaatlicher Infrastruktur, Diskurse zu Migration und Identitätspolitik sowie die Förderlogik demokratischer Bildungsarbeit angreift und diskursiv umdeutet (reframing). Dabei werden bestimmte Kategorien von der AfD nicht nur selektiv verwendet, sondern auch so inhaltlich umgedeutet, dass bestehende gesellschaftspolitische Diskurse einer Umcodierung unterliegen.

Besonders deutlich ist dies bei der Verwendung der Kategorie „Diskriminierung Deutscher“, vor allem in den Anfragen der AfD-Fraktion Mecklenburg-Vorpommern. Ziel des strategischen Reframings ist es nicht, soziale Probleme wie Rassismus zu bearbeiten. Vielmehr werden Bedarfe benachteiligter deutscher Staatsangehöriger (gemeint sind *weiße* Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft) und Bedarfe verschiedener sozialer Gruppen gegeneinander ausgespielt und dabei rassistisch aufgeladen hierarchisiert, etwa die nicht geflüchteten Menschen (der „einheimischen Steuerzahler“) gegenüber denen von Geflüchteten.

Dabei wird auch Migration zur Chiffre sozialer Verteilungsungerechtigkeit erklärt. Noch deutlicher wird diese Unterscheidung durch das PMK-Merkmal „deutschfeindlich“ in parlamentarischen Initiativen in Thüringen ([Drs. 7/5118 TH](#); [Drs. 7/3330 TH](#)). Die begleitenden Ungleichwertigkeits-

vorstellungen sind stark vom Leistungsprinzip geleitet (Möller/Meyer, 2025, S. 49 ff.).

Von einer Deprofessionalisierung von rechts sind Menschen in besonders schutzbedürftigen Lebenslagen in besonderer Weise betroffen. Wenn die Qualität sozialer Dienstleistungen nachhaltig sinkt und die Anliegen vieler Menschen nicht mehr bearbeitet werden, „profitieren meist diejenigen, die es sich leisten können, private Alternativen in Anspruch zu nehmen (z.B. private Pflege oder Bildungsangebote)“ (Loheide, 2025, S. 138). Die Deprofessionalisierung von rechts verstärkt dabei soziale Ungleichheiten und perpetuiert die Hierarchien, was gesellschaftliche Spannungen verstärken kann (Loheide, 2025, S. 138).

Die sinkende oder ausbleibende Qualität sozialer Dienste kann zu einem Vertrauensverlust gegenüber Institutionen wie Einrichtungen, Trägern und Ämtern im Sozial- und Gesundheitssystem führen, wenn Bürger*innen wohlfahrtsstaatliche Strukturen und Akteur*innen „als ineffektiv und unzuverlässig wahrnehmen“ (Loheide, 2025, S. 138 f.). Dies kann zu einer weiteren Verschärfung sozialer Ungleichheit und zur Vertiefung gesamtgesellschaftlicher Spannungen führen.

6. Ausblick und Prognosen

Die politische Einflussnahme der AfD zeigt im Ländervergleich wiederkehrende strategische Muster. In diesem Abschnitt suchen wir Antworten auf die Frage, welche zukünftigen Entwicklungen aus den Befunden abgeleitet werden können. Anhand der Befunde und aktueller Ereignisse ist es mit einer Fortsetzung finanzieller Angriffe, einer stärkeren Verlagerung auf die kommunale Ebene und mit einer möglichen Übernahme einzelner Forderungen durch andere Parteien im demokratischen Spektrum jenseits der AfD zu rechnen.

Die Prozesshaftigkeit der Angriffe erreicht mit der demokratisch bewilligten Ablehnung der Fördermittel aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ in den beiden untersuchten Ländern im Mai und Juni 2026 einen besonders markanten Wendepunkt mit weitreichenden Folgen für die demokratisch orientierte Zivilgesellschaft. Diese aktuellen Abstimmungsergebnisse aus dem Jahr 2026 sind nicht Teil des 2025 untersuchten Dokumentenkorpus, können aber als kommunalpolitische Fortsetzung prozesshafter politischer Einflussnahmen aus den Vorjahren gewertet werden, die die Konsequenz und Vehemenz politischer Strategie der AfD exemplarisch aufzeigen.

Im Mai 2026 stimmten beispielsweise im Thüringer Ilm-Kreis alle 13 AfD-Abgeordneten dafür, die Gelder für „Demokratie leben!“ aus dem Kreishaushalt zu streichen. Die AfD profitierte dabei von Stimmen und Enthaltungen aus den Reihen der CDU/FDP-Fraktion sowie der Freien Wähler. Der Beschluss wurde im Juli 2026 im Kreistag revidiert.

Bei der Abstimmung zur Fortführung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ im Rahmen der Kreistagsitzung am 22.6.2026 lehnten die Mitglieder des Kreistages des Landkreises Mecklenburgische Seenplatte die Beschlussvorlage BV/018/2026 (LK MSE, 2026) mehrheitlich ab. Die Bundesförderung zahlreicher Demokratieprojekte im Landkreis läuft damit zum Jahresende 2026 aus. Seit seinem Beginn im Jahr 2015 verfolgt das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ das dreifache Ziel, die Demokratie zu fördern, Vielfalt zu gestalten und Extremismus vorzubeugen.

Auch das Bundesprogramm selbst wurde zum Gegenstand politischer Restriktionen: Am 20. März 2026 fand ein Informationsgespräch über das vorzeitige Auslaufen zahlreicher geförderter Projekte zum Jahresende 2026 zugunsten eines Umbaus des Bundesprogramms statt.

Eine Chronologie der Aushandlungen um das Förderprogramm „Demokratie leben!“ bietet das Netzwerk für Asiatisch-Deutsche Perspektiven Korientation (2026).

7. Handlungsempfehlungen

Die Befunde zeigen, dass extrem rechte Einflussnahmen nicht allein kommunikativ oder symbolisch wirken, sondern finanzielle, organisatorische und professionelle Folgen für die Soziale Arbeit entfalten können. Daraus ergeben sich konkrete Anforderungen an Fachpraxis, Träger, Politik, Verwaltung, Hochschulen und Zivilgesellschaft. Im Folgenden werden zentrale Ansatzpunkte für Schutz, Unterstützung und Gegenstrategien benannt.

7.1 Für die Fachpraxis der Sozialen Arbeit

Die Dokumentenanalyse zeigt, dass extrem rechte Einflussnahmen strukturelle und finanzielle Risiken für professionelle Soziale Arbeit erzeugen und sich als Deprofessionalisierungsversuche einordnen lassen. Wiederkehrend konnte aufgezeigt werden: Die AfD ist nicht bestrebt, die beschriebenen oder präsentierten sozialen Probleme und Konflikte zu lösen, sondern verfolgt verschiedene Strategien mit dem Interesse, Akteur*innen und Einrichtungen, Adressat*innen und Fachkräfte an der Mitwirkung bzw. Partizipation professioneller Angebote und Unterstützungsleistungen zu hindern oder diese einzuschränken.

Franz, Spatscheck und van Rießen (2024, S. 16) empfehlen eine sozialpolitische, bildungspolitische und organisationale Bearbeitung von Deprofessionalisierung in der Sozialen Arbeit, um professionelle Standards zu halten und weiterzuentwickeln. Die vorliegende Analyse auf Basis von empirischen Befunden dient als eine Grundlage, Angriffe zu entindividualisieren und Gegenmaßnahmen zu institutionalisieren.

Den extrem rechten Einflussnahmen können demokratisch orientierte Akteur*innen mit strategischen Interventionen und Gegenmaßnahmen in Bündnispartnerschaft miteinander entgegenwirken. Dabei sind Kooperationen mit Akteur*innen der organisierten Zivilgesellschaft sowie mit der Polizei, dem Staatsschutz und der Justiz gegen Rechtsextremismus und die extreme Rechte bedeutsam, „um konzeptionell wirksamen Schutz für Betroffene zu erarbeiten und umsetzen zu können“ (Krüger/Wéber, 2026, S. 145).

Allerdings fehlt es nach wie vor an systematischen Antworten, Strategien und Gegenmaßnahmen aus der Profession und Disziplin der Sozialen Arbeit (Wéber/Krüger, 2026, S. 53). Seit Jahren arbeiten Akteur*innen verschiedener Forschungsverbünde, Netzwerke der Fachgesellschaften und Träger der freien Wohlfahrtspflege an Lösungsansätzen und an einer flächendeckenden Sensibilisierung für die Thematik im Bereich der aka-

demischen Ausbildung und auch im Rahmen von Fortbildungen (Wéber/Krüger, 2024).

Somit steht die professionelle Praxis Sozialer Arbeit mit ihren Einrichtungen und Organisationen in der Verantwortung, ihre Sicherheitskonzepte zu überarbeiten, um die Sicherheit im Sozialraum zu erhöhen und Bedrohungslagen wirksam mit entsprechender Handlungsmacht begegnen zu können. Hierzu zählt auch, im Rahmen der Organisationsentwicklung bundesweit die Erarbeitung und Implementierung klarer Leitbilder, transparenter Positionierungen, schriftlich fixierter Standards, entsprechender Klauseln in Arbeitsverträgen sowie von Engagement- und Unterstützungsnetzwerken.

Darüber hinaus besteht innerhalb der Profession die Notwendigkeit, die rechtlichen Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit extrem rechten Einflussnahmen zu klären und hierfür bundesweit einheitliche Standards zu etablieren (Krüger/Wéber, 2026, S. 146).

Idealerweise sollte eine bundesweite digitale Monitoringstelle sowohl bei Trägern und Netzwerken in der Praxis als auch an Hochschulen Sozialer Arbeit eingerichtet werden mit dem Ziel, im Rahmen von Lehre, Forschung und Transfer Sozialer Arbeit und Sozialpädagogik die Ausrichtung, Intensität, und Ausmaß extrem rechter Einflussnahmen zu erfassen und wirksame Gegenstrategien zu implementieren.

7.2 Für politische Entscheidungsträger*innen

Aufgrund der spezifischen Merkmale ländlicher Räume, die für die Verbreitung von extrem rechten Einflussnahmen begünstigende Bedingungen bieten können, liegt eine zentrale Forderung darin, soziale Infrastruktur zu erhalten, zu fördern und insbesondere in den sehr ländlichen Räumen die institutionalisierten Formen von Sozialität aufrecht zu erhalten. Empirische Daten aus Mecklenburg-Vorpommern zeigen, dass extrem rechte Akteur*innen in bestehende „Lücken“ sozialer Daseinsvorsorge vordringen und die Angebotsvielfalt Sozialer Arbeit verringern und einschränken können (Gille/Krüger/Wéber, 2022, S. 51 ff.; Krüger/Wéber, 2026, S. 54).

Notwendig sind transparente und datenschutzsensible Antwortverfahren, eine angemessene personelle Ausstattung der zuständigen Behörden, frühzeitige Informationen für betroffene Träger sowie dauerhaft finanzierte rechtliche und kommunikative Beratungsangebote. Darüber hinaus sollten parlamentarische Anfragen, ihre öffentliche Weiterverwendung und daraus abgeleitete Förderkürzungen systematisch dokumen-

tiert werden, um wiederkehrende Delegitimierungs- und Einschüchterungsstrategien frühzeitig erkennen zu können.

Quellen

Alle im Folgenden genannten Internetadressen wurden zuletzt am 10.9.2026 aufgerufen.

Literatur

- Alsago, Elke / Braches-Chyrek, Rita / Meyer, Nikolaus (Hrsg.) (2025):
Personalangel in der Sozialen Arbeit. Katalysator der
Deprofessionalisierung? Wiesbaden: Springer VS.
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-48886-4>
- Autor:innengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik (2024):
Kinder- und Jugendhilfereport 2024. Eine kennzahlenbasierte
Analyse mit einem Schwerpunkt zum Fachkräftemangel.
Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.
<https://shop.budrich.de/wp-content/uploads/2023/11/9783847419785.pdf>
- BA – Bundesagentur für Arbeit (2026): Blickpunkt Arbeitsmarkt:
Akademikerinnen und Akademiker. 2.7 Sozialwesen. August 2026.
<https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Berufe/AkademikerInnen/Berufsgruppen/Generische-Publikationen/2-7-Sozialwesen.pdf>
- Bányai, Emőke (2024): A professzionalizáció és deprofesszionalizáció hullámain. Egy szakma átalakulása vagy megszűnése? [Auf den Wellen der Professionalisierung und Deprofessionalisierung. Der Wandel oder das Verschwinden einer Profession?]
In: Párbeszéd 11 (1).
<https://doi.org/10.29376/parbeszed.2024.11/1/3>
- Bode, Ingo (2014): Wohlfahrtsstaatlichkeit und Dritter Sektor im Wandel:
Die Fragmentierung eines historischen Zivilisationsprojekts. In:
Zimmer, Annette E. / Simsa, Ruth (Hrsg.): Forschung zu
Zivilgesellschaft, NPOs und Engagement. Quo vadis? Wiesbaden:
Springer VS, S. 81–95.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-06177-7_4

- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2024): 17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Berlin: BMFSFJ.
www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf
- Butzer, Hermann (2024): Parlamentarische Fragerechte. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 74 (38/39), S. 11–17.
www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/parlamentarismus-2024/551992/parlamentarische-fragerechte/
- DBSH – Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit (Hrsg.) (2024): Berufsethik des DBSH. Ethik und Werte in der Sozialen Arbeit. 2. Auflage. Berlin: DBSH.
www.dbsh.de/media/public/dbsh-bund/Profession/2026-02-05_DBSH_Berufsethik_2._Fassung_interaktiv.pdf
- Ehlert, Gudrun (2022): Deprofessionalisierung. In: socialnet Lexikon, 27.7.2022.
www.socialnet.de/lexikon/Deprofessionalisierung
- Franz, Julia / Spatscheck, Christian / van Rießen, Anne (2024): Fachkräftemangel und De-Professionalisierung in der Sozialen Arbeit – Ausgangspunkte und leitende Fragestellungen. In: Franz, Julia / Spatscheck, Christian / van Rießen, Anne (Hrsg.): Fachkräftemangel und De-Professionalisierung in der Sozialen Arbeit. Analysen, Bearbeitungsweisen und Handlungsstrategien. Opladen / Berlin/Toronto: Barbara Budrich, S. 11–18.
<https://doi.org/10.2307/jj.19850078.4>
- Gille, Christoph / Jagusch, Birgit / Poetsch, Steffen / Hilgers, Lisa / Kronies, Antonia / Drücker, Ansgar / Kerber, Alexander / Seng, Sebastian / Yakin, Bejan (2019): Die Neue Rechte in der Sozialen Arbeit in NRW: Exemplarische Analysen. FGW-Studie Rechtspopulismus, soziale Frage & Demokratie 3. Düsseldorf: FGW – Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67153-2>
- Gille, Christoph / Krüger, Christine / Weber, Júlia (2022): Einflussnahmen der extremen Rechten – Herausforderungen für die Soziale Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Weinheim: Beltz Juventa.
<https://beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik-soziale-arbeit/einflussnahmen-der-extremen-rechten-herausforderungen-fuer-die-soziale-arbeit-in-mecklenburg-vorpommern/BEL446690>

- Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (2018): „Linksgrün-versifft?“
Handreichung zum Umgang mit rechtspopulistischen Parteien und
Wählerbündnissen auf kommunaler Ebene. Dresden:
Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen.
<https://weiterdenken.de/de/linksgruenversifft>
- Heinze, Anna-Sophie (2021): Zum schwierigen Umgang mit der AfD in
den Parlamenten: Arbeitsweise, Reaktionen, Effekte. In: Zeitschrift
für Politikwissenschaft 31, S. 133–150.
<https://doi.org/10.1007/s41358-020-00245-0>
- Köttig, Michaela / Röh, Dieter (Hrsg.) (2019): Soziale Arbeit in der
Demokratie – Demokratieförderung in der Sozialen Arbeit.
Theoretische Analysen, gesellschaftliche Herausforderungen und
Reflexionen zur Demokratieförderung und Partizipation. Opladen/
Berlin/Toronto: Barbara Budrich.
- korientation (2026): Der Rückbau des Förderprogramms Demokratie
leben! – Wenn Kürzungspolitik und politische Kontrolle der
Zivilgesellschaft sich die Hand geben. Berlin: korientation.
Netzwerk für Asiatisch-Deutsche Perspektiven, 1.6.2026.
www.korientation.de/rueckbau-des-foerderprogramms-demokratie-leben/
- Krüger, Christine / Weber, Júlia (2025): Demokratie in Gefahr: Die
Ausbreitung des Rechtsextremismus im vorpolitischen Raum –
Was muss zum Erhalt eines demokratischen Sozialwesens getan
werden? Policy Briefing Paper. Neubrandenburg: Hochschule
Neubrandenburg.
[www.hs-nb.de/storages/hs-neubrandenburg/ppages/Krueger/
Krueger Weber Policy Briefing Paper 2025.pdf](http://www.hs-nb.de/storages/hs-neubrandenburg/ppages/Krueger/Krueger_Weber_Policy_Briefing_Paper_2025.pdf)
- Krüger, Christine / Weber, Júlia (2026): Extrem Rechte Einflussnahmen
auf das Sozialwesen in Mecklenburg-Vorpommern: Entwicklungen
seit 2020. In: RAA – Demokratie und Bildung Mecklenburg-
Vorpommern (Hrsg.): Sozialraum, Radikalisierung und
Demokratiefeindlichkeit im Nordosten. Wie wir demokratische
Alltagspraxis wirksam stärken können.
Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 134–148.
<https://doi.org/10.13109/9783666616372.134>
- Kuckartz, Udo / Rädiker, Stefan (2024): Qualitative Inhaltsanalyse.
Methoden, Praxis, Umsetzung mit Software und künstlicher
Intelligenz. 6. Auflage. Weinheim: Beltz Juventa.
[https://beltz.de/fachmedien/erziehungswissenschaft/
qualitative-inhaltsanalyse-methoden-praxis-umsetzung-mit-
software-und-kuenstlicher-intelligenz/BEL447912](https://beltz.de/fachmedien/erziehungswissenschaft/qualitative-inhaltsanalyse-methoden-praxis-umsetzung-mit-software-und-kuenstlicher-intelligenz/BEL447912)

- Landtag Mecklenburg-Vorpommern (2024): Geschäftsordnung des Landtags Mecklenburg-Vorpommern. 8. Wahlperiode. 2. Auflage. Vom 26. Oktober 2021 (GVOBl. M-V S. 1494), geändert durch Beschluss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern vom 10. Juli 2024 (GVOBl. M-V S. 490). Schwerin.
www.landtag-mv.de/fileadmin/Publikationen/Publikationen_Aktuell/Geschaeftsordnung_WP8_2024_2.Aufl.pdf
- LK MSE – Landkreis Mecklenburgische Seenplatte (2026): Zuwendung aus dem Bundeshaushalt, Kapitel 1702, Titel 684 04, Haushaltsjahr 2026. Bundesprogramm „Demokratie leben!“
<https://sessionnet.owl-it.de/lkmse/bi/vo0050.asp?kvonr=13776>
- Loheide, Maria (2025): Fachkräftemangel: Herausforderungen und Perspektiven für die Sozialwirtschaft. Der Umgang mit der Personalsituation aus Sicht von Trägern. In: Alsago, Elke / Braches-Chyrek, Rita / Meyer, Nikolaus (Hrsg.): Personalmangel in der Sozialen Arbeit. Katalysator der Deprofessionalisierung? Wiesbaden: Springer VS, S. 135–141.
https://doi.org/10.1007/978-3-658-48886-4_12
- Miehke, Marius (2021): Kleine Anfragen der AfD im Thüringer Landtag: Zwischen rechten Identitätsthemen, Protestthemen-Piraterie und autoritären Gegenangriffen auf die Zivilgesellschaft und Demokratie. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Ursachen von Ungleichwertigkeitsideologien und Rechtsextremismus. Band 10, S. 64–77.
<https://doi.org/10.19222/202210/06>
- Möller, Cynthia / Meyer, Matthias (2025): Denounce, Defame, Defund: Deprofessionalisierungsbestrebungen in der Sozialen Arbeit durch parlamentarische Eingaben der AfD. Unveröffentlichtes Manuskript, erstellt im Auftrag der Hochschule Neubrandenburg im Forschungsprojekt SoFRiED.
- Otjes, Simon / Louwerse, Tom (2018): Parliamentary questions as strategic party tools. In: West European Politics 41 (2), S. 496–516.
<https://doi.org/10.1080/01402382.2017.1358936>
- Schroeder, Wolfgang / Weißels, Bernhard / Neusser, Christian / Berzel, Alexander (2017): Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten. Discussion Paper SP V 2017-102. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
<https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2017/v17-102.pdf>

- Siefken, Sven T. (2010): Parlamentarische Frageverfahren – Symbolpolitik oder wirksames Kontrollinstrument?
In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 41 (1), S. 18–36.
www.jstor.org/stable/24240174
- Thüringer Landtag (2025): Geschäftsordnung des Thüringer Landtags. 8. Wahlperiode. Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags. Drs. 8/800.
www.thueringer-landtag.de/fileadmin/Redaktion/Organigramm_GO_Gesetze_Arbeitsplan/geschaeftsordnung_des_thueringer_landtags_02.pdf
- Tiedemann, Jurek / Herzer, Philip (2025): Die Fachkräftesituation im ländlichen Raum. KOFA-Studie 1/2025. Köln: Institut der deutschen Wirtschaft Köln.
www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/KOFA_kompakt_und_Studien/2025/KOFA-Studie-01-2025-L%C3%A4ndlicher-Raum.pdf
- Trappenburg, Margo / van Beek, Gercoline (2019): „My profession is gone“: how social workers experience de-professionalization in the Netherlands.
In: European Journal of Social Work 22(4), S. 676–689.
<https://doi.org/10.1080/13691457.2017.1399255>
- Wéber, Júlia / Krüger, Christine (2024): Die Bearbeitung von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus in der Lehre von Sozialer Arbeit. In: Bicheler, Joachim / Heinrich, Gudrun / Wasserloos, Yvonne / Wéber, Júlia (Hrsg.): Laboratorium Demokratie – Perspektiven aus Mecklenburg-Vorpommern. Frankfurt am Main: Wochenschau, S. 90–102.
<https://elibrary.utb.de/doi/book/10.46499/9783756616336>
- Wéber, Júlia / Krüger, Christine (2026): Kontinuitäten extrem rechter Einflussnahmen. Empirische Vergewisserungen für die Soziale Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern. In: Sozialmagazin 5–6/2026, S. 44–56.

Drucksachen und Pressemitteilungen

Hessen

- Drs. 21/1865. Änderungsantrag. Fraktion der AfD zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für das Land Hessen für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses. Drucksache 21/1715 zu Drucksache 21/1378. Inhalt des Antrags: Weniger Geld für Inklusion ohne Augenmaß – mehr finanzielle Mittel für Förderschulen. 13.3.2025. Hessischer Landtag, 21. Wahlperiode.
<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/21/5/01865.pdf>
- Drs. 21/1919. Änderungsantrag. Fraktion der AfD zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans für das Land Hessen für das Haushaltsjahr 2025 (Haushaltsgesetz 2025) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses. Drucksache 21/1715 zu Drucksache 21/1378. Inhalt des Antrags: Kürzung der zu gewährenden Leistungen. 13.3.2025. Hessischer Landtag, 21. Wahlperiode.
<https://starweb.hessen.de/cache/DRS/21/9/01919.pdf>

Mecklenburg-Vorpommern

- Drs. 7/5335. Hissen der Regenbogenflagge im Widerspruch zur Beflaggungsverordnung. Kleine Anfrage. 30.9.2020. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 7. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/47156/hissen_der_regenbogenflagge_im_widerspruch_zur_beflaggungsverordnung.pdf?kleine_anfrage_und_antwort
- Drs. 8/620. Kosten, Verteilung und Wohnortvorgaben bei der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge. Kleine Anfrage. 25.5.2022. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/lib/pdfs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fwww.dokumentation.landtag-mv.de%2Fparldok%2Fdokument%2F52501#pagemode=none

- Drs. 8/703. Ergebnisse der Online-Umfrage zur Evaluierung der Schulsozialarbeit. Kleine Anfrage. 27.6.2022. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/lib/pdfjs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fwww.dokumentation.landtag-mv.de%2Fparldok%2Fdokument%2F52834#pagemode=none
- Drs. 8/961. Änderungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 (Haushaltsgesetz 2022/2023). 23.6.2022. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/lib/pdfjs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fwww.dokumentation.landtag-mv.de%2Fparldok%2Fdokument%2F53562#pagemode=none
- Drs. 8/1223. Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Ausländern. Kleine Anfrage. 6.9.2022. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/lib/pdfjs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fwww.dokumentation.landtag-mv.de%2Fparldok%2Fdokument%2F54035#pagemode=none
- Drs. 8/1531. Medizinische Versorgung von Zuwanderern in Mecklenburg-Vorpommern. Kleine Anfrage. 8.12.2022. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/lib/pdfjs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fwww.dokumentation.landtag-mv.de%2Fparldok%2Fdokument%2F55231#pagemode=none
- Drs. 8/1706. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Mecklenburg-Vorpommern. Kleine Anfrage. 12.1.2023. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/lib/pdfjs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fwww.dokumentation.landtag-mv.de%2Fparldok%2Fdokument%2F55679#pagemode=none

- Drs. 8/1879. Kosten für die Beförderung von Asylbewerbern, Flüchtlingen und Ausreisepflichtigen in Mecklenburg-Vorpommern. Kleine Anfrage. 28.3.2023. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/lib/pdfs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fwww.dokumentation.landtag-mv.de%2Fparldok%2Fdokument%2F56144#pagemode=none
- Drs. 8/2047. Probleme mit Gewalt an Schulen in den Ämtern Crivitz, Goldberg-Mildenitz und Sternberger Seenlandschaft. Kleine Anfrage. 12.6.2023. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/lib/pdfs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fwww.dokumentation.landtag-mv.de%2Fparldok%2Fdokument%2F56435#pagemode=none
- Drs. 8/2149. Frühkindliche Sexualpädagogik. Kleine Anfrage. 21.6.2023. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/lib/pdfs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fwww.dokumentation.landtag-mv.de%2Fparldok%2Fdokument%2F56657#pagemode=none
- Drs. 8/2995. Änderungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025). 8.12.2023. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/lib/pdfs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fwww.dokumentation.landtag-mv.de%2Fparldok%2Fdokument%2F59338#pagemode=none
- Drs. 8/2997. Änderungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025). 8.12.2023. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/lib/pdfs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fwww.dokumentation.landtag-mv.de%2Fparldok%2Fdokument%2F59341#pagemode=none

- Drs. 8/3020. Änderungsantrag zum Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Haushaltsjahre 2024 und 2025 (Haushaltsgesetz 2024/2025). 8.12.2023. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/lib/pdfjs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fwww.dokumentation.landtag-mv.de%2Fparldok%2Fdokument%2F59206#pagemode=none
- Drs. 8/3452. Kosten der unkontrollierten Migration in Mecklenburg-Vorpommern. Kleine Anfrage. 27.3.2024. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/lib/pdfjs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fwww.dokumentation.landtag-mv.de%2Fparldok%2Fdokument%2F59939#pagemode=none
- Drs. 8/3586. Frühsexualisierung und Sexualpädagogik im Kita- und Grundschulalter. Kleine Anfrage. 7.5.2024. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/lib/pdfjs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fwww.dokumentation.landtag-mv.de%2Fparldok%2Fdokument%2F60231#pagemode=none
- Drs. 8/3594. Planspiel „Leben Lieben *Kreuzchen machen“ des Landesjugendrings an Schulen. Kleine Anfrage. 8.5.2024. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/60287/planspiel_leben_lieben_kreuzchen_machen_des_landesjugendrings_an_schulen.pdf
- Drs. 8/3646. Veranstaltung „Jugend im Landtag“ vom 16. bis 19. April 2024. Kleine Anfrage. 8.5.2024. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/lib/pdfjs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fwww.dokumentation.landtag-mv.de%2Fparldok%2Fdokument%2F60418#pagemode=none
- Drs. 8/4180. Projekt „Queere Vielfalt“. Kleine Anfrage. 1.11.2024. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/62714/projekt_queere_vielfalt.pdf?kleine_anfrage_und_antwort

- Drs. 8/4351. Aufwendungen für Schulsozialarbeit. Kleine Anfrage.
20.12.2024. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/lib/pdfs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fwww.dokumentation.landtag-mv.de%2Fparldok%2Fdokument%2F63164#pagemode=none
- Drs. 8/4650. Förderung von Projekten, Initiativen und Gruppen in Mecklenburg-Vorpommern. Kleine Anfrage. 22.4. 2025. Landtag Mecklenburg-Vorpommern, 8. Wahlperiode.
www.dokumentation.landtag-mv.de/parldok/dokument/64003/8_4650_foerderung_von_projekten_initiativen_und_gruppen_in_mecklenburg_vorpommern?kleine_anfrage_und_antwort
- Pressemitteilung [3.1.2023]. AfD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Das beste Sozialpaket wäre ein schlanker Staat.
<https://afd-fraktion-mv.de/das-beste-sozialpaket-waere-ein-schlanker-staat>
- Pressemitteilung [11.9.2024]. AfD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Extreme Kriminalitätsbelastung durch junge Tunesier: 40-Mal Tatverdacht bei Rohheitsdelikten bei gerade mal 50 jungen Männern im Alter von 18 bis 25 Jahren!
<https://afd-fraktion-mv.de/extreme-kriminalitaetsbelastung-durch-junge-tunesier-40-mal-tatverdacht-bei-rohheitsdelikten-bei-gerade-mal-50-jungen-maennern-im-alter-von-18-bis-25-jahren>
- Pressemitteilung [18.10.2024]. AfD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommern: Zahl ausländischer Gefängnisinsassen knapp fünfmal höher im Vergleich zu deutschen Insassen.
<https://afd-fraktion-mv.de/zahl-auslaendischer-gefaengnisinsassen-knapp-fuenfmal-hoeher-im-vergleich-zu-deutschen-insassen>

Thüringen

- Drs. 7/2014. Träger der Kinder- und Jugendhilfe in Thüringen, insbesondere im Ilm-Kreis – Teil I. Kleine Anfrage. 13.4.2021. Thüringer Landtag, 7. Wahlperiode.
https://parldok.thltcloud.de/parldok/lib/pdfs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fparldok.thltcloud.de%2Fparldok%2Fdokument%2F81055%2F7_2014_traeger_der_kinder_und_jugendhilfe_in_thueringen_insbesondere_im_ilm_kreis_teil_i#pagemode=none

- Drs. 7/2015. Träger der Kinder- und Jugendhilfe in Thüringen, insbesondere im Ilm-Kreis – Teil II. Kleine Anfrage. 13.4.2021. Thüringer Landtag, 7. Wahlperiode.
https://parldok.thltcloud.de/parldok/lib/pdfs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fparldok.thltcloud.de%2Fparldok%2Fdokument%2F81056%2F7_2015_traeger_der_kinder_und_jugendhilfe_in_thueringen_insbesondere_im_ilm_kreis_teil_ii#pagemode=none
- Drs. 7/2372. Exorbitante Kosten für unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) reduzieren. Änderungsantrag zum Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021 (Thüringer Haushaltsgesetz 2021 -ThürHhG 2021-). 18.12.2020. Thüringer Landtag, 7. Wahlperiode.
https://parldok.thltcloud.de/parldok/lib/pdfs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fparldok.thltcloud.de%2Fparldok%2Fdokument%2F78969%2F7_2372_thueringer_gesetz_ueber_die_feststellung_des_landeshaushaltsplans_fuer_das_haushaltsjahr_2021_thueringer_haushaltsgesetz_2021_thuerhhg_2021_exorbitant#pagemode=none
- Drs. 7/3330. Politisch motivierte Kriminalität 2021 im Freistaat Thüringen – Kriminalpolizeilicher Meldedienst (KPMd-PMK) – Teil I. Kleine Anfrage. 13.5.2022. Thüringer Landtag, 7. Wahlperiode.
https://parldok.thltcloud.de/parldok/lib/pdfs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fparldok.thltcloud.de%2Fparldok%2Fdokument%2F86905%2F7_3330_politisch_motivierte_kriminalitaet_2021_im_freistaat_thueringen_kriminalpolizeilicher_meldedienst_kpmd_pmk_teil_i#pagemode=none
- Drs. 7/5118. Politisch motivierte Kriminalität 2022 im Freistaat Thüringen – Kriminalpolizeilicher Meldedienst (KPMd-PMK) – Teil I. Kleine Anfrage. 26.7.2023. Thüringer Landtag, 7. Wahlperiode.
https://parldok.thltcloud.de/parldok/lib/pdfs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fparldok.thltcloud.de%2Fparldok%2Fdokument%2F93617%2F7_5118_politisch_motivierte_kriminalitaet_2022_im_freistaat_thueringen_kriminalpolizeilicher_meldedienst_kpmd_pmk_teil_i#pagemode=none

- Drs. 7/6948. Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 7/6132 – Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2023 (Thüringer Haushaltsgesetz 2023 -ThürHhG 2023-). 21.12.2022. Thüringer Landtag, 7. Wahlperiode.
https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/90074/thueringer_gesetz_ueber_die_feststellung_des_landeshaushaltsplans_fuer_das_haushaltsjahr_2023_thueringer_haushaltsgesetz_2023_thuerhhg_2023_rot_rot_gr.pdf
- Drs. 8/419. Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Ausländern. Kleine Anfrage. 28.1.2025. Thüringer Landtag, 8. Wahlperiode.
https://parldok.thltcloud.de/parldok/lib/pdfs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fparldok.thltcloud.de%2Fparldok%2Fdokument%2F100385%2F8_0419_betreuung_von_unbegleiteten_minderjaehrigen_auslaendern#pagemode=none
- Drs. 8/838. Änderungsantrag zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 8/50 – Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2025 (Thüringer Haushaltsgesetz 2025 – ThürHhG 2025 -). 2.4.2025. Thüringer Landtag, 8. Wahlperiode.
https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/101200/thueringer_gesetz_ueber_die_feststellung_des_landeshaushaltsplans_fuer_das_haushaltsjahr_2025_thueringer_haushaltsgesetz_2025_thuerhhg_2025_kein_gel.pdf
- Drs. 8/859. Projekt „Schule der Vielfalt“ in Thüringen. Kleine Anfrage. 22.5.2025. Thüringer Landtag, 8. Wahlperiode.
https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/101972/projekt_schule_der_vielfalt_in_thueringen.pdf
- Drs. 8/888. Verstoß gegen die politische Neutralitätspflicht durch das Queere Zentrum Erfurt? Kleine Anfrage. 2.6.2025. Thüringer Landtag, 8. Wahlperiode.
https://parldok.thltcloud.de/parldok/lib/pdfs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fparldok.thltcloud.de%2Fparldok%2Fdokument%2F102025%2F8_0888_verstoss_gegen_die_politische_neutralitaetspflicht_durch_das_queere_zentrum_erfurt#pagemode=none

- Drs. 8/1120. Finanzielle Förderströme sowie Personal-, Honorar- und Beschaffungsausgaben bei Thadine e. V. Kleine Anfrage.
9.7.2025. Thüringer Landtag, 8. Wahlperiode.
https://parldok.thltcloud.de/parldok/lib/pdfs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fparldok.thltcloud.de%2Fparldok%2Fdokument%2F102630%2F8_1120_finanzielle_foerderstroeme_sowie_personal_honorar_und_beschaffungsausgaben_bei_thadine_e_v#pagemode=none
- Drs. 8/1820. Governance-, Compliance- und Kontrollmechanismen sowie politische Neutralität bei Thadine e. V. Kleine Anfrage.
26.8.2025. Thüringer Landtag, 8. Wahlperiode.
https://parldok.thltcloud.de/parldok/lib/pdfs/web/viewer.html?locale=de-DE&file=https%3A%2F%2Fparldok.thltcloud.de%2Fparldok%2Fdokument%2F103437%2F8_1820_governance_compliance_und_kontrollmechanismen_sowie_politische_neutralitaet_bei_thadine_e_v#pagemode=none
- Pressemitteilung. Herold: Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten würde Steuerzahler um fast eine halbe Million Euro entlasten.
11.11.2020. AfD-Fraktion im Thüringer Landtag.
<https://afd-thl.de/2020/11/11/herold-abschaffung-der-gleichstellungsbeauftragten-wuerde-steuerzahler-um-fast-eine-halbe-million-euro-entlasten/>
- Pressemitteilung. Schlösser: AfD-Fraktion bringt Gesetz zur verpflichtenden Beflaggung mit Deutschland- und Thüringenflagge ein.
6.6.2025. AfD-Fraktion im Thüringer Landtag.
<https://afd-thl.de/2025/06/06/schloesser-afd-fraktion-bringt-gesetz-zur-verpflichtenden-beflaggung-mit-deutschland-und-thueringenflagge-ein/>

Autor*innen

Christine Krüger, Dr. phil., Dipl.-Sozialarb./Sozialpäd.(M. A.), Professorin für Sozialwissenschaften / Qualitative Sozialforschung am Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung der Hochschule Neubrandenburg; Forschungsschwerpunkte: Professionsentwicklung in der Sozialen Arbeit, insbesondere Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus, Soziale Daseinsvorsorge und Soziale Arbeit in ländlichen Räumen.

E-Mail: ckrueger@hs-nb.de

Orcid-ID: <https://orcid.org/0000-0002-0947-1170>

Matthias Meyer, M. A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena und forscht im Wissensnetzwerk Rechtsextremismusforschung. Forschungsschwerpunkte: Rechtsextremismus und dessen Intersektionen mit gesellschaftlichen Geschlechterverhältnissen, „Neue“ Rechte, Wissenschafts-Praxis-Transfer.

E-Mail: matthias.meyer@idz-jena.de

Orcid-ID: <https://orcid.org/0009-0009-8030-2204>

Cynthia Möller, Dr. phil., Co-Bereichsleitung Diversität und Engagement am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena und Projektleitung des Wissensnetzwerks Rechtsextremismus, Standort Jena. Forschungsschwerpunkte: historischer und gegenwärtiger Rechtsextremismus, Analyse kollektiver und individueller (Geschlechter-)Identitäten und deren Bedeutung für die Entstehung rechter Ideologien.

Orcid-ID: cynthia.freund-moeller@idz-jena.de

Eric Mülling, Dr. rer. pol., ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Forschungsprojekt SoFRIED an der Hochschule Neubrandenburg. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Demokratieforschung, der politischen Theorie sowie den politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Sozialer Arbeit.

E-Mail: muelling@hs-nb.de

Orcid-ID: <https://orcid.org/0000-0003-0552-6450>

Júlia Wéber, Dr. phil., Dipl.-Sozialpäd., Dipl.-Lehrerin für DaF, Mag. Deutsche Philologie, Professorin für Migrationsgesellschaft und Demokratiepädagogik am Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung der Hochschule Neubrandenburg. Forschungsschwerpunkte: Demokratiebildung; Zugehörigkeit, Anerkennung und Erinnerungspraktiken in der postmigrantischen Gesellschaft; Formen von Solidarität und zivilgesellschaftlichem Engagement in Transformationsgesellschaften.

E-Mail: jweber@hs-nb.de

Orcid-ID: <https://orcid.org/my-orcid?orcid=0009-0008-2798-793X>

